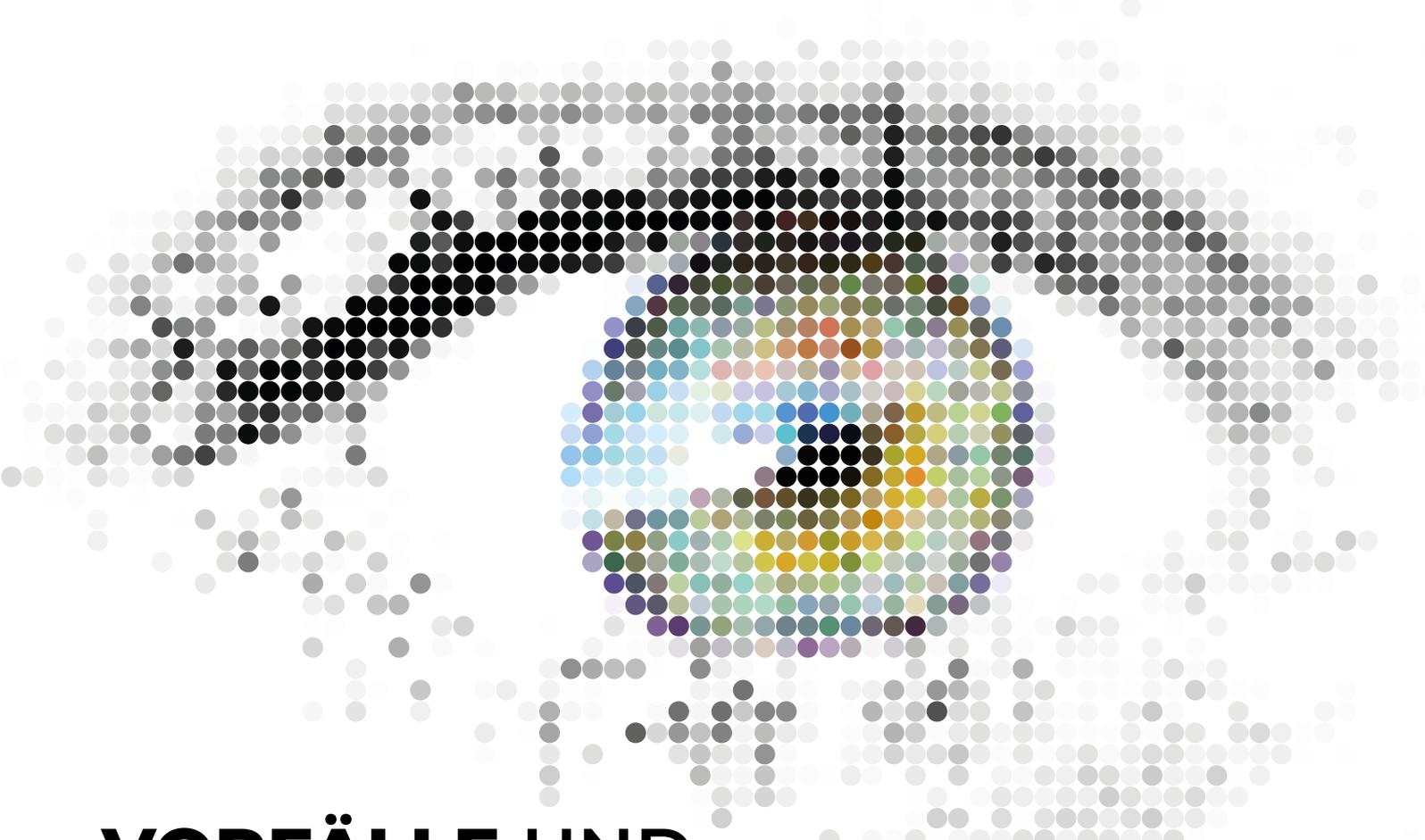


MELDESTELLE

**FÜR MENSCHENFEINDLICHE,
RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE
VORFÄLLE IN RHEINLAND-PFALZ**

DOKUMENTATION UND
BERATUNGSVERMITTLUNG
FÜR BETROFFENE



VORFÄLLE UND BESTANDSAUFNAHME

SCHLAGLICHTER 2020

Vorfälle über die Onlineplattform melden:
www.meldestelle-rlp.de

E-Mail:
kontakt@meldestelle-rlp.de

Die Meldungen sind auf Wunsch **anonym**.
Wir arbeiten **vertraulich** und kostenfrei.





VORFÄLLE UND BESTANDSAUFNAHME

Schlaglichter 2020

INHALTSVERZEICHNIS

1 Grußwort von Ministerin Anne Spiegel	4
Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz	
2 Grußwort Rolf Knieper	5
Leitung der Fachstelle für Betroffenenstärkung und Demokratieentwicklung	
3 Dokumentation und Betroffenenstärkung:	6
Die Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz	
4 Überblick und erste Ergebnisse:	8
Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus	
5 Arbeit der Meldestelle	10
6 Hintergrundinformationen – thematische Grundlagen	12
7 Rassistisch motivierte Vorfälle und Übergriffe	14
8 Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus	22
9 Antisemitische Vorfälle	32

01 GRUSSWORT ANNE SPIEGEL

MINISTERIN FÜR FAMILIE, FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ DES LANDES RHEINLAND-PFALZ

„Erfahrungen sichtbar machen – entschlossen Handeln“

Ob ein sexistisches Posting in sozialen Netzwerken, eine antisemitische Beleidigung im Bus oder eine rassistische Diskriminierung bei der Wohnungssuche – für Betroffene von menschenfeindlichen Diskriminierungen, Anfeindungen

und Gewalt können diese Vorfälle schmerzhaft bis hin zu traumatisierenden Auswirkungen haben. Ihre Erfahrungen erhalten jedoch nur selten Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit.

Die Motive der Täter:innen mögen unterschiedlich sein – ob sie nun jüdische Menschen, Geflohene, Queere, Frauen, Menschen mit Behinderun-

gen, um nur einige Beispiele zu nennen, ablehnen oder hassen, sie haben eines gemeinsam: die Negierung von Menschenrechten, staatsbürgerlichen Rechten und von gesellschaftlicher Teilhabe.

Die Meldestelle m*power schließt für uns eine Lücke zwischen polizeilicher Kriminalstatistik, Angeboten der unterschiedlichen Landesbeauftragten, der Landesantidiskriminierungsstelle und der Arbeit der mobilen Beratung gegen Rechtsex-

remismus. Ihre Hauptaufgaben sind, die Meldungen nach klaren Kategorien einschließlich der Verknüpfungen unterschiedlicher Diskriminierungsmerkmale zu erfassen, aufzubereiten und auszuwerten.

Die Meldestelle m*power ist eine Maßnahme des Landesaktionsplans gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, den das Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz in Zusammenarbeit mit anderen Landesbehörden und vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen aufgestellt hat. Sie ist die erste von 29 darin vorgeschlagenen Maßnahmen, die nun umgesetzt wurde.

ERFAHRUNGEN SICHTBAR MACHEN

Sie halten nun den ersten Lagebericht in den Händen, der aus der Arbeit der Meldestelle entstanden ist. In ihm werden Fälle von Ausgrenzung und Gewalt analysiert und strukturiert dargestellt. Darauf aufbauend können in den kommenden Jahren wichtige Trends erfasst und Gegenstrategien entwickelt werden.

Menschenfeindliche Bedrohungen und Beleidigungen, Abwertungen und Ausgrenzungen sind nicht nur ein Angriff auf die Betroffenen, sondern immer auch ein Angriff auf Menschenrechte und demokratische Werte. Unsere Antwort auf Hass, Hetze und Gewalt muss sein, eine Kultur der Gleichwertigkeit zu fördern und diejenigen, die abgewertet oder ausgegrenzt werden, zu schützen und zu stärken. Die Arbeit der Meldestelle m*power leistet hierzu einen wichtigen Beitrag.

Anne Spiegel

Ministerin für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz des Landes Rheinland-Pfalz



Anne Spiegel
© MFFJIV

02 GRUSSWORT ROLF KNIEPER

LEITUNG DER FACHSTELLE FÜR BETROFFENENSTÄRKUNG UND DEMOKRATIEENTWICKLUNG

„Diskriminierung und Anfeindungen sichtbar machen“

Diskriminierung, Ausgrenzung und Anfeindung gegenüber Menschen beruhen auf verschiedenen Ursachen: auf sozialen Hierarchien, gesellschaftlich und historisch verankerten Vorurteilen und Feindschaften gegenüber sozialen Gruppen. Sie zeigen sich in der strukturellen Diskriminierung von bestimmten Gruppen, in alltäglichen Anfeindungen und auch in Gewalt.

DISKRIMINIERUNG & ANFEINDUNGEN SICHTBAR MACHEN

Menschenfeindliche Einstellungen und Vorfälle gehen oftmals mit Demokratiefeindschaft einher. Nicht zuletzt wirken extrem Rechte Narrative wie Brandbeschleuniger. Am Ende von entstehenden Radikalisierungsspiralen steht Gewalt. Rechtsterroristische Attentäter der Anschläge von Hanau und Halle stehen für ein hasserfülltes Weltbild aus antisemitischen und rassistischen Feindbildern, aus Frauenhass und LSBTIQPA+-Feindlichkeit. Die Abwertung und Anfeindung von sozialen Gruppen widersprechen dem Gleichheitsgrundsatz des Grundgesetzes, der die Unantastbarkeit der Menschenwürde garantiert und ein Diskriminierungsverbot postuliert. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit richtet sich gegen demokratische Werte und kann sich in Straftaten äußern. Vor allem aber beeinflussen menschenfeindliche Vorfälle die Betroffenen; sie erleiden psychische und physische Folgen. Diskriminierungen und

Anfeindungen schädigen die Gesundheit und die persönliche Entwicklung. Durch Hetze und Gewalt werden Betroffene über den Übergriff hinaus sozial isoliert und marginalisiert. In der Auseinandersetzung mit Diskriminierung, Hass und Hetze fehlt oftmals die Perspektive der Betroffenen. Die Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle dokumentiert seit September 2020 sowohl Straftaten als auch alltägliche Diskriminierungserfahrungen, die strafrechtlich kaum greifbar sind. Neben der Dokumentation solcher Vorfälle können auf Wunsch passende Beratungs- und Unterstützungsangebot zeitnah vermittelt werden.

Die Aufgabe der Meldestelle ist es, ein breites Feld zu beleuchten und zu dokumentieren: eine Vielzahl unterschiedlicher Delikte und Vorfälle sowie eine Breite an ideologisch unterschiedlich motivierten Anfeindungen. Zusammen mit Betroffenen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Netzwerken gilt es, aus dieser Fülle von Eindrücken Lagebilder zu erstellen und somit die Dimensionen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sichtbar zu machen. Ein Anliegen, das Zeit, Vernetzung und Austausch benötigt.

Rolf Knieper

Leiter Fachstelle m*power



Rolf Knieper
© m*power

03 DOKUMENTATION UND BETROFFENENSTÄRKUNG

DIE MELDESTELLE FÜR MENSCHENFEINDLICHE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN RHEINLAND-PFALZ

Menschenfeindliche Äußerungen und gewalttätige Übergriffe haben für Betroffene vielfältige und schwerwiegende psychische und physische Folgen.

Zeitgleich sind solche Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen in der öffentlichen Wahrnehmung kaum sichtbar und unterrepräsentiert. Zahlen zu menschen- und demokratiefeindlichen Vorfällen stammen in der Regel aus den Informationen der polizeilichen Kriminalstatistik. Diese hat Grenzen, da zum einen ausschließlich Vorfälle mit Strafverfolgungsbezug dokumentiert werden und eine Strafverfolgung zum anderen meist eine Anzeige durch Betroffene voraussetzt.

Die Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz bietet eine niedrigschwellige, unbürokratische Anlaufstelle für Betroffene menschenfeindlicher Anfeindungen. Dies können neben strafbaren Vorfällen auch alltägliche Diskriminierungserfahrungen sein, die strafrechtlich kaum greifbar sind. Die Formen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF) sind vielfältig: Beispiele sind die Abwertung von Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität, verschiedene Formen rassistischer Ausgrenzung und rassistisch motivierter Übergriffe oder antisemitische Vorfälle (Thematische Grundlagen zu GMF S. 12). Diskriminierung findet in verschiedenen Lebensbereichen statt, zusätzlich wirken

Abwertungs- und Ausgrenzungsmechanismen gesamtgesellschaftlich und sind dort tief verankert. Die Auseinandersetzung mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss also auf Einstellungsmuster in der Bevölkerung und gesellschaftlich verankerte, strukturelle Diskriminierung und Gewalt zielen.

Die Meldestelle verfolgt das Ziel, diese Dimensionen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sichtbar zu machen.

Insbesondere die Perspektive der Betroffenen soll gestärkt werden, beispielsweise durch die Herstellung von Öffentlichkeit für erlebte Vorfälle und individuelle Erfahrungen. Darüber hinaus sollen in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Unterstützungs- und Beratungsangeboten Aussagen zu den politischen und gesellschaftlichen Hintergründen der Taten entwickelt werden.

Für die Umsetzung dieses zivilgesellschaftlichen Auftrags sammelt und dokumentiert die Meldestelle Informationen zu menschenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Vorfällen in Rheinland-Pfalz und wertet diese quantitativ und qualitativ aus. Aus den gesammelten Daten sollen zukünftig regelmäßig Lagebilder entstehen, aus denen auch Erkenntnisse für (zivilgesellschaftliche) Unterstützungs- und Präventionsangebote abgeleitet werden können.

Der Ansatz Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit arbeitet mit verschiedenen Kategorien wie etwa Antisemitismus, Sexismus oder der Abwertung von wohnungslosen Menschen. Oftmals werden Personen aufgrund mehrerer ihnen zugeschriebener Merkmale angefeindet, zum Beispiel im Zusammen-

In diesem breiten Feld lassen sich Schwerpunkte der Meldestelle benennen:

- » **Anlaufstelle** für Betroffene menschenfeindlicher Vorfälle – die Meldestelle vermittelt Beratung und Unterstützung
- » **Erstellung von Lagebildern** – Die Meldestelle erarbeitet zusammen mit Netzwerkpartner:innen aus der Zivilgesellschaft Lagebilder und Einschätzungen
- » **Dokumentation** – die Meldestelle sammelt und dokumentiert menschenfeindliche Vorfälle



spiel von Frauenhass und Rassismus. Es besteht die Notwendigkeit, mehrdimensionale Perspektiven auf das Thema Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Diskriminierung und Gewalt zu vertiefen.

Zeitgleich gilt es, spezifische Funktionslogiken wie die des Antisemitismus zu beachten, ebenso wie politische Rahmenbedingungen: insbesondere der Rechtsextremismus radikalisiert vorhandene und gesellschaftlich wirkmächtige menschenfeindliche

Einstellungen. Die Täter:innen sind in diesen Zusammenhängen nicht nur organisierte Rechtsextremist:innen. Gesellschaftliche Radikalisierungsprozesse und Demokratiefeindlichkeit stehen im engen Zusammenhang mit Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.

04 ÜBERBLICK UND ERSTE ERGEBNISSE

RASSISMUS, ANTISEMITISMUS UND RECHTSEXTREMISMUS

Mit der Implementierung einer Online-Meldeplattform für menschenfeindliche Vorfälle in Rheinland-Pfalz startete die Meldestelle im September 2020 ihre Arbeit.

Seitdem können sich Betroffene, aber auch Zeug:innen menschenfeindlicher Vorfälle über die Plattform melden. Für das Jahr 2020 wurden mehr als 300 Vorfälle über die eigene Meldeplattform und andere zivilgesellschaftliche Meldestrukturen gemeldet oder durch eigenes Monitoring dokumentiert, überprüft und zugeordnet. Vorfälle wurden in Teilen auch rückwirkend für das Gesamtjahr dokumentiert.

Vorfälle für das Jahr 2020 wurden bis zum 31. Januar 2021 aufgenommen.

Aufgrund der Startphase der Meldestelle wurde keine systematische Auswertung aller Vorfälle vorgenommen. Es fand kein systematischer Abgleich mit weiteren Daten wie beispielsweise der Kriminalstatistik statt. Dies soll zukünftig in enger Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Partner:innen für abgegrenzte Themenbereiche umgesetzt werden.

Die Daten für 2020 haben demnach begrenzte Aussagekraft; trotzdem verdeutlichen sie die Situation und Erfahrungen von Betroffenen menschenfeindlicher Vorfälle. Exemplarisch werden in diesem Bericht Schlaglichter auf die Themenfelder Rassismus, Antisemitismus sowie Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz geworfen.

Die gesammelten Informationen und Eindrücke ergänzen Ergebnisse aus einer Vielzahl von Kooperations- und Vernetzungsgesprächen. Sie können Anhaltspunkte für die Vertiefung und den Ausbau bestehender und neuer Netzwerke bieten sowie bei der Identifizierung von Schwerpunkten helfen.

Seite 14

RASSISMUS

Die Meldestelle registrierte und dokumentierte im Jahr 2020 **204 rassistische Vorfälle**. Rassismus zeigt sich in verschiedenen Formen. Im Jahr 2020 kam es zu zahlreichen Protestaktionen der **Black Lives Matter** Bewegung, die auf den strukturellen und alltäglichen Rassismus in unserer Gesellschaft aufmerksam macht.

Die Meldestelle kam mit dem Koblenzer Verein **Walk for Justice** ins Gespräch (S. 20). Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Vorfällen, die von kulturellem Rassismus dominiert und geprägt sind und sich vor allem gegen (zugeschriebene) **Muslim:innen** sowie **Sinti:zze** und **Rom:nja** richten. In einem Gastbeitrag geben Rümeyşa Şenel und Constantin Wagner von der Universität Mainz einen Überblick zu diesem Thema (S. 18).

Seite 22

DEMOKRATIEFEINDLICHKEIT UND RECHTSEXTREMISMUS

Politiker:innen sehen sich immer wieder verbalen und körperlichen Angriffen ausgesetzt. Auch für Menschen, die sich zivilgesellschaftlich gegen Rechts einsetzen, gehören Beleidigungen, Bedrohungen und Übergriffe oder die Veröffentlichung persönlicher Daten in rechtsextremen Chatgruppen zum Alltag.

Unter der Kategorie Demokratiefeindlichkeit und Rechtsextremismus dokumentierte die Meldestelle im Jahr 2020 89 Vorfälle. Die Initiative **„Omas gegen Rechts“** aus Kandel berichtet über ihre Erfahrung mit Bedrohungen und Übergriffen (S. 26). Ein Gastbeitrag des Monitorings der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus gibt einen Überblick zu rechtsextremen Organisationen und Strukturen in Rheinland-Pfalz (S. 28).

Seite 32

ANTISEMITISMUS

Zu **Jom Kippur 2019**, dem höchsten jüdischen Feiertag, versuchte ein Rechtsterrorist in Halle a. d. Saale die Synagoge zu stürmen. Die antisemitische Bedrohungslage ist auch in Rheinland-Pfalz allgegenwärtig. **Antisemitismus als alltägliches Phänomen** äußert sich in verschiedenen Delikten und Vorfällen. In den ersten Monaten dokumentierte die Meldestelle 27 antisemitisch motivierte Vorfälle. Der Beauftragte der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen Dieter Burgard gibt einen Einblick in seine Arbeit und eine Einschätzung zur momentanen Lage in Rheinland-Pfalz (S. 36).

Im Pandemie-Jahr 2020 beschäftigte die Meldestelle zusätzlich das Thema **antisemitische Verschwörungsideologien** (S. 38).

05 ARBEIT DER MELDESTELLE

DOKUMENTATION VON Vorfällen

Die Meldestelle m*power dokumentiert Vorfälle gegen Betroffene von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dies umfasst sowohl gewalttätige und strafbare Vorfälle als auch alltägliche Diskriminierungserfahrungen. Hierbei liegt der Schwerpunkt auf der Perspektive der Betroffenen. Zusätzlich können über die Auswertung und Aufarbeitung der Vorfälle Aussagen zu regionalen Häufungen und Entwicklungen sowie zu merkmalspezifischen Besonderheiten und deren jeweiligen Kontexten gemacht werden. Darüber hinaus können die gesammelten Vorfälle zumindest in Einzelfällen mit regionalen Ereignissen und Entwicklungen in Zusammenhang gesetzt werden. Für die Sammlung von Vorfällen ist sowohl eine eigene Meldeplattform und Hotline der Meldestelle als auch die Etablierung von Meldestrukturen in Rheinland-Pfalz notwendig.

BERATUNGSVERMITTLUNG

Eine Möglichkeit zur zeitnahen Meldung von erlebten Übergriffen stellt für Betroffene den ersten Schritt zur Rückgewinnung eigener Handlungsfähigkeit dar. Über die Meldestelle kann zusätzlich der Kontakt zu entsprechenden Betroffenenberatungsstellen und Unterstützungsangeboten vermittelt werden. Hierbei sind kurze Reaktionszeiten und Vermittlungswege wichtig. Für die Vermittlung von bedarfsorientierter und themenspezifischer Unterstützung gilt es, Netzwerke mit zielgruppenorientierten Beratungsangeboten auszubauen und effektive, unbürokratische Kooperationen zu etablieren.

NETZWERKARBEIT UND ZIVILGESELLSCHAFTLICHES LAGEBILD

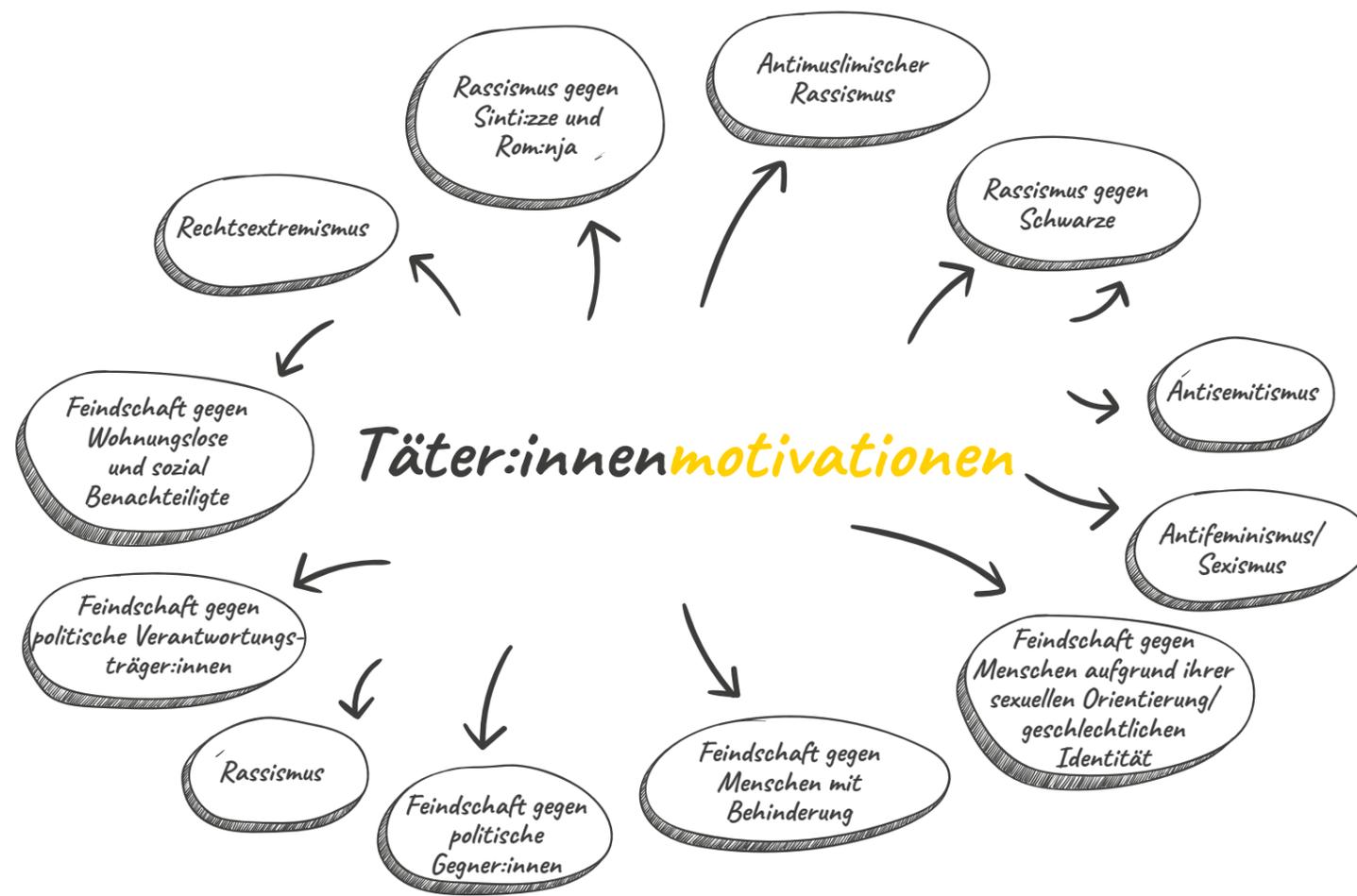
Zur Umsetzung der genannten Ziele ist die Vernetzung mit Akteur:innen in den verschiedenen Themenfeldern, die durch den merkmalsübergreifenden Ansatz abgedeckt werden, von zentraler Bedeutung. Im Fokus stehen hierbei Betroffenenorganisationen und Interessenvertretungen, staatliche Institutionen sowie zivilgesellschaftliche Strukturen. Durch die Aufarbeitung, Auswertung und Veröffentlichung der gesammelten Vorfälle in Form eines zivilgesellschaftlichen Lagebildes können gewonnene Informationen Akteur:innen in den verschiedenen Themenfeldern zur Verfügung gestellt werden.



AKTUELLE INFORMATIONEN ZUR ARBEIT DER MELDESTELLE FINDEN SIE IN UNSEREM NEWSLETTER DER FACHSTELLE M*POWER



Anmeldung zu unserem Newsletter: [Newsletter abonnieren](#)



Die Meldestelle arbeitet mehrdimensional. Die Dokumentation von Vorfällen erstreckt sich über zwölf Kategorien menschenfeindlicher Täter:innenmotivationen. Zusätzlich können auch Überschneidungen und Wechselwirkungen zwischen Tatmotiven abgebildet werden.

Täter:innenmotivation © Meldestelle

06 HINTERGRUNDINFORMATION – THEMATISCHE GRUNDLAGEN

KATEGORISIERUNGSSYSTEM:
GRUPPENBEZOGENE MENSCHENFEINDLICHKEIT

Im Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit werden Mitglieder einer Gesellschaft aufgrund zugewiesener und „sozial konstruierter Merkmale der kulturellen, ethnischen oder nationalen Herkunft, der Religion, des Geschlechts, der sexuellen Identität, sozialen Lebenslage oder aufgrund einer Behinderung“ (Zick/Berghan/Mokros 2019:55f.) als *ungleich* markiert. Diese *Ungleich*-Markierung wird in Bezug zur sogenannten Dominanzgesellschaft¹⁾ festgesetzt. Hierbei dient die Ideologie der Ungleichwertigkeit als sozialer Klebstoff, der den Selbstwert der Dominanzgesellschaft stärken soll und andere Gruppen als *minderwertig* ausgrenzt sowie deren gesellschaftliche Teilhabe und Zugehörigkeit beschränkt.

Ziel der Meldestelle ist es, Erfahrungen von Betroffenen in Rheinland-Pfalz über die Begrenzung auf ausschließlich ein Diskriminierungsmerkmal hinaus sichtbar zu machen. Das bedeutet, dass eine große Bandbreite an Diskriminierungsmerkmalen und -erfahrungen bei der Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle gemeldet und abgebildet werden kann (Täter:innenmotivation). Die Kategorisierung der Vorfälle in Anlehnung an das Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit wird mit Blick unter anderem auf die Täter:innenmotivation und Tatumstände vorgenommen (z. B. antisemitische oder rassistische Tatmotivation). Bei der Zuordnung der Vorfälle durch die Meldestelle steht insbesondere die Betroffenenperspektive im Fokus. Es findet zudem keine Hierarchisierung von Diskriminierungserfahrungen statt.

Zusätzlich können Personen aufgrund mehrerer zugeschriebener Merkmale Diskriminierung erfahren oder von Übergriffen betroffen sein. Mit solchen Mehrfachdiskriminierungen beschäftigt sich die Intersektionalitätsforschung. Vereinfacht gesagt: Es ist eine mehrdimensionale Betrachtung von Diskriminierungserfahrungen in der Gesellschaft notwendig. Hierbei stellt eine bloße Hervorhebung von Verschränkungen der Kategorien Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit jedoch noch keine mehrdimensionale Betrachtung dar. Die Analyse benötigt eine Erweiterung um machtkritische gesellschaftliche Perspektiven, sie muss die Unsichtbarkeiten von (multiplen) Diskriminierungserfahrungen und Privilegien einer Dominanzgesellschaft sichtbar machen (vgl. Walgenbach 2013:268ff.). Das bedeutet, dass ein mehrdimensionaler Bezugsrahmen notwendig ist, der den Blick auf gesamtgesellschaftliche Strukturen öffnet, um Wechselwirkungen der Diskriminierungsphänomene und die individuellen Betroffenenidentitäten sichtbar zu machen (vgl.

¹⁾ Der Begriff der Dominanzgesellschaft oder -kultur geht auf Birgit Rommelspacher (1995) zurück. Innergesellschaftliche Machtstrukturen hierarchisieren Menschen anhand verschiedener Differenzlinien, die in Wechselwirkungen zueinanderstehen. Es findet eine Über- und Unterordnung von Personen in Norm- und Abweichungskategorien statt. Die Hierarchisierung ist für Angehörige der Dominanzgruppe (meist) nicht bewusst und rechtfertigt und reproduziert somit Ungleichheiten und Diskriminierungen (vgl. Rommelspacher 1995).

Crenshaw 2013:35f.). Hierbei ist es wichtig, die Wirkung mehrerer Unterdrückungshandlungen nicht einfach zu addieren, sondern zu untersuchen, in welcher Art und Weise sich die ungleichheitsgenerierenden Kategorien verstärken oder abschwächen (vgl. Winker/Degele 2009:10f.).

Durch die Möglichkeit der Mehrfachnennung von (antizipierten) Diskriminierungsmotiven im Meldetool soll Betroffenen die Möglichkeit gegeben werden, ihre mehrdimensionalen Erfahrungen auch als solche abbilden zu können. Dies kann bei der Vermittlung von passenden Unterstützungsmöglichkeiten wichtig sein. Dokumentierte Informationen können auch für gezielte Auswertungen von spezifischen Themenfeldern zur Verfügung gestellt werden.

Quellen:

Crenshaw, Kimberlé (2013): Die Intersektion von „Rasse“ und Geschlecht demarginalisieren: Eine Schwarze feministische Kritik am Antidiskriminierungsrecht, der feministischen Theorie und der antirassistischen Politik. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hrsg.): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S.35-58.

Rommelspacher, Birgit (1995): Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: Orlanda Frauenverlag.

Walgenbach, Katharina (2013): Postscriptum: Intersektionalität – Offenheit, interne Kontroversen und Komplexität als Ressourcen eines gemeinsamen Orientierungsrahmens. In: Lutz, Helma/Herrera Vivar, Maria Teresa/Supik, Linda (Hrsg.): Fokus Intersektionalität. Bewegungen und Verortungen eines vielschichtigen Konzeptes. Wiesbaden: Springer Fachmedien. S.265-277.

Winker, Gabriele/Degele, Nina (2009): Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten. Bielefeld: transcript Verlag.

Zick, Andreas/Berghan, Wilhelmin/Mokros, Nico (2019): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002-2018/19. In: Schröter, Franziska (Hrsg.): Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19 (Mitte Studie). Bonn: Verlag J.H.W. Dietz. S.53-116.

“ DIE BEHAUPTUNG DER **UNGLEICHWERTIGKEIT VON GRUPPEN** IN EINER GESELLSCHAFT IST DAS FUNDAMENT **ANTIDEMOKRATISCHER ORIENTIERUNGEN** UND POLITISCHER IDEOLOGIEN, DIE DIE **GRUNDFESTE DER DEMOKRATIE** ERSCHÜTTERN. SIE MANIFESTIERT SICH AUCH ODER INSBESONDERE IN EINER **GRUPPENBEZOGENEN MENSCHENFEINDLICHKEIT (GMF)**.

(ZICK/BERGHAN/MOKROS 2019:53)



07 RASSISTISCH MOTIVIERTE VORFÄLLE UND ÜBERGRIFFE IN RHEINLAND-PFALZ

#TRIGGERWARNUNG.

**„RASSISTISCHE
VORFÄLLE“**

Rassismus beruht auf der Überzeugung, dass voneinander abgrenzbare menschliche „Rassen“ existieren, die die physischen, intellektuellen und charakterlichen Eigenschaften eines Menschen prägen.

Hierbei wird eine bewusste Ab- und Ausgrenzung der eigenen Gruppe (Dominanzgesellschaft) von einer als „fremd“ konstruierten Gruppe betont^[1]. Der Phänomenbereich Rassismus kann in biologistischen und kulturellen Rassismus untergliedert werden. Als eine Variante für biologistischen Rassismus kann die rassistische Diskriminierung gegen Schwarze (BIPOC) betrachtet werden. Dieses rassistische Weltbild schließt BIPOC aus der Dominanzgesellschaft aus und verwehrt Betroffenen u. a. Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe und gleichen Chancen. Hiervon zu unterscheiden sind Erscheinungsformen kulturellen Rassismus, wie rassistische Diskriminierung von Sinti:zze und Rom:nja oder antimuslimischer Rassismus. In diesem Bereich erfasst die Meldestelle Vorfälle, bei denen Menschen aufgrund einer (zugeschriebenen) Zugehörigkeit, beispielsweise zum islamischen Glauben oder zur europäischen Minderheit der Sinti:zze und Rom:nja, die mit stereotypen Vorurteilen, struktureller Diskriminierung und Unterdrückung einhergehen, diskriminiert werden.

Die Meldestelle dokumentiert und kategorisiert den Phänomenbereich Rassismus gesondert, da es sich um ein starkes öffentliches Thema handelt, in Rheinland-Pfalz insbesondere auch durch die *Black Lives Matter* Bewegungen im Jahr 2020. Rassismus gegen Schwarze, antimuslimischer Rassismus sowie Rassismus gegen Sinti:zze und Rom:nja weisen jeweils spezifische Täter:innenmotivati-

onen, Ideologiefragmente und Menschenbilder auf. Aus diesem Grund ist es wichtig, diese unterschiedlichen Formen rassistischer Vorfälle miteinander in Verhältnis zu setzen.

**TÄTER:INNENMOTIVATIONEN
RASSISTISCHER VORFÄLLE**

Für das Jahr 2020 konnte die Meldestelle insgesamt 204 Vorfälle mit einer (mindestens) rassistischen Täter:innenmotivation registrieren. Für diesen ersten zeitlichen Rahmen ist es wichtig herauszustellen, dass die Meldestelle erst im September 2020 ihre Arbeit aufgenommen hat. Die gemeldeten oder mitgeschrittenen Vorfälle beziehen sich jedoch teilweise auf das komplette Kalenderjahr 2020.

Von den 204 registrierten Vorfällen konnte bei 180 Taten eine ausschließlich rassistische Täter:innenmotivation festgestellt werden. Bei 24 Vorfällen wurde eine Mehrfachdiskriminierung, eine Kombination unterschiedlicher Diskriminierungsphänomene, erfasst. Hierbei wurde beispielsweise die Überschneidung rassistischer und sexistischer Täter:innenmotivation, die Kombination von Rassismus und einer Feindschaft gegen Wohnungslose und sozial benachteiligte Menschen sowie eine Wechselwirkung zwischen rassistischen Abwertungen und einer Feindschaft gegen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität herausgestellt.

Diese Ausdifferenzierung der Wechselwirkungen unterschiedlicher Motivationslagen der Täter:innen ist zentral. Sie ermöglicht die Vermittlung passgenauer Unterstützungsangebote und zeigt die Komplexität von Diskriminierungserfahrungen auf. Insbesondere im Bereich rassistischer Vorfälle kann neben den sehr unterschiedlichen individuellen Erfahrungen der Betroffenen eine Häufung an Übergriffen auf Einrichtungen für Geflüchtete verzeichnet werden.

[1] Koller, Christian (2015): Was ist eigentlich Rassismus? Abrufbar: <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/213678/was-ist-eigentlich-rassismus>

WAS IST PASSIERT? DELIKTBEREICHE RASSISTISCHER VORFÄLLE

Die phänomenologische Zuordnung der Vorfälle zu Kategorien der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit lässt sich durch die Erhebung der Vorfallarten, der Delikte, ergänzen. Die Kategorisierung orientiert sich an den Deliktformen der polizeilichen Behörden. Die Meldestelle registriert darüber hinaus jedoch auch Vorfälle, die nicht die Definition einer Straftat erfüllen, deshalb allerdings für die Betroffenen nicht weniger schlimm oder traumatisierend sind.

Für das erste Jahr der Erhebung konnte die Meldestelle einen Schwerpunkt der Delikte im Bereich rassistischer Beleidigungen dokumentieren. Hinzu kommen weitere Meldungen, bei denen eine Beleidigung Teil des rassistischen Übergriffs war. Rassistische Beleidigungen wurden in Verbindung mit Be-

nachteiligungen, Bedrohungslagen oder auch Sachbeschädigungen und Nötigungen verzeichnet. Als zweithäufigste Deliktkategorie konnte der Tatbestand der Volksverhetzung nach § 86a identifiziert werden. Häufig stellen gemeldete Vorfälle eine Kombination verschiedener Delikte dar, beispielsweise das Zusammenwirken einer Beleidigung, Körperverletzung oder Sachbeschädigung. Ebenso wie bei der Betrachtung der Täter:innenmotivationen ist eine Untersuchung der Zusammenhänge unterschiedlicher Delikte notwendig, um eine passende Vermittlung an Beratungsstellen und andere Hilfsangebote zu gewährleisten.

PHÄNOMEN RASSISMUS (TÄTER:INNENMOTIVATION)	VORFÄLLE
antimuslimischer Rassismus (AmR)	27
AmR, Feindschaft gegen pol. Gegner:innen	1
AmR, Antifeminismus/Sexismus	3
Antisemitismus, Rassismus	3
Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus/Sexismus	1
Rassismus	138
Rassismus gegen Schwarze, Sexismus	2
Rassismus gegen Sinti:zze und Rom:nja	15
Rassismus gegen Sinti:zze und Rom:nja, Feindschaft gegen Wohnungslose	1
Rassismus, Antifeminismus/Sexismus	4
Rassismus, Feindschaft gegen Menschen mit Behinderung	1
Rassismus, Feindschaft gegen pol. Gegner:innen	1
Rassismus, Feindschaft gegen Wohnungslose	1
Rassismus gegen die sexuelle/geschlechtliche Orientierung/Identität	2
Rassismus, Rechtsextremismus	3
Rassismus, Rechtsextremismus, Antifeminismus/Sexismus	1

GESAMTERGEBNIS

204

© Meldestelle

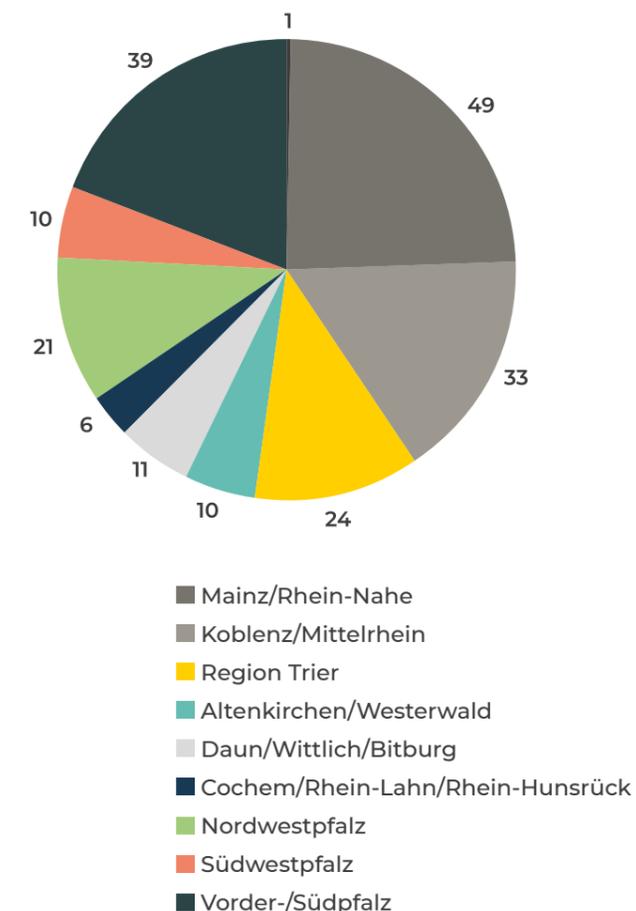
Dokumentierte
Täter:innenmotive Rassismus

REGIONALE ZUORDNUNGEN RASSISTISCHER VORFÄLLE

Neben einer Dokumentation und Zuordnung der Vorfälle nach Täter:innenmotivationen und Delikten, findet eine regionale Zuweisung statt. Zusätzlich zur Dokumentation des Vorfallorts werden Vorfälle den Regionen analog der Zuständigkeitsbereiche der Mobilen Beratung in RLP zugeordnet, um bestehende Beratungsstrukturen und zivilgesellschaftliche Netzwerke zu berücksichtigen. Ab 2021 wird dies durch die Zuordnung von Landkreisen ergänzt, um regionale Blickwinkel zu stärken. Für 2020 zeigt sich ein Gefälle in der Dichte der dokumentierten Vorfälle. Dies verweist auf die Notwendigkeit des Ausbaus flächendeckender Meldestrukturen. Zukünftig und über einen längeren Zeitraum können die Daten Hinweise auf regionale Unterschiede und Schwerpunkte geben. Für den Schwerpunkt rassistisch motivierter Vorfälle wurden 49 Vorfälle für die Region Mainz/Rhein-Nahe dokumentiert. Weitere regionale Anhäufungen rassistischer Vorfälle konnte mit 39 gemeldeten Fällen in der Region Vorder- und Südpfalz sowie 33 dokumentierten Vorfällen in der Region Koblenz/Mittelrhein verzeichnet werden.

Die dokumentierten rassistischen Vorfälle der Meldestelle für das Jahr 2020 sowie die Ergebnisse aus themenbezogener Netzwerkarbeit bestätigen die Wichtigkeit der Auseinandersetzung mit dem Diskriminierungsbereich des Rassismus. Der spezifische Blick auf Konstellationen von Täter:innenmotivationen und Deliktformen bildet individuelle Betroffenenperspektiven und -erfahrungen ab. Der Meldestelle kann hier eine wichtige

VORKOMMNIS RASSISMUS NACH REGIONEN



Vorkommnis Rassismus nach Regionen. Bei der regionalen Zuordnung wurde sich 2020 an den Regionen der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus orientiert. 2021 findet eine Kategorisierung nach Landkreisen statt. <https://demokratiezentrum.rlp.de/de/beratungsangebot/bnw-rex>
© Meldestelle

Rolle in der Vernetzung von Unterstützungseinrichtungen und Betroffenen einnehmen und gemeinsam mit Kooperationspartner:innen zivilgesellschaftliche Analysen und statistische Erhebungen für Rheinland-Pfalz erstellen.

Einen beispielhaften spezifischen Blick auf den Bereich des antimuslimischen Rassismus und dessen Bedeutung in Rheinland-Pfalz wirft der Beitrag von Dr. Constantin Wagner und Rümeyşa Şenel (Universität Mainz). Daran anschließend stellt der zivilgesellschaftliche Verein Walk for Justice e.V. seine Arbeit vor.

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS IN RHEINLAND-PFALZ

GASTBEITRAG
(RÜMEYSA ŞENEL, DR. CONSTANTIN WAGNER)

Mittlerweile hat sich in den meisten Kreisen die Einsicht etabliert, dass es eine Form von Rassismus gibt, die speziell Muslim:innen bzw. als muslimisch gelesene Menschen trifft (vgl. Shooman, 2014; Wagner, 2011). Die Existenz dieses antimuslimischen Rassismus kann nur bestreiten, wer sich den mannigfaltigen Erscheinungsformen desselben verschließt (s. u.). Gleichsam besteht in der Diskussion um dieses spezifische Ressentiment die Frage, was es rechtfertigt, hier nicht einfach von „Rassismus“ zu sprechen. Diese Frage ist an anderen Stellen ausführlicher erörtert worden: Hier soll der Hinweis genügen, dass es zum einen die rassistische Argumentation selbst ist, die seit den 1990er Jahren eine Bedeutungsver-schiebung von einem „klassischen“, biologistisch-rassistischen „Ausländer“-Diskurs zu einem speziell auf Muslim:innen abzielenden (und sich zum Teil explizit emanzipatorisch gebenden) kulturellen Rassismus vornimmt (vgl. Balibar, 1992) und zum anderen, dass in gegenwärtigen Diskursen über Islam und Muslim:innen ein spezifisches, Jahrhunderte altes Narrativ bedeutsam wird (vgl. Attia, 2007). In diesem Narrativ sind die meisten zeitgenössischen Vorstellungen, wie „die Muslime so sind“ bereits vorhanden, sie zählen zum relativ konstanten Sinnvorrat der westlichen Gesellschaften, die sich historisch in Abgrenzung vom „muslimischen Anderen“ konstituiert haben.

Rassistische Bilder aus dem „Ausländer“-Diskurs, wie die Vorstellung von Kriminalität und Bedrohung der inneren Sicherheit sind im aktuellen antimuslimi-

schen Rassismus aufgenommen und transformiert worden und konvergieren gleichzeitig mit Vorstellungen über Islam und Muslim:innen, die eben einen historischen Hintergrund haben, tief in die dominante westliche Selbstsicht eingeschrieben sind und durch Sprache, Alltagskultur und Geschichtsschreibung tradiert werden (vgl. Kröhnert-Othman/Kamp/Wagner, 2011).

Die Folgen des antimuslimischen Rassismus zeigen sich auf dem Wohnungs- und dem Arbeitsmarkt genauso wie im Bildungssystem (s. bspw. Weichselbaumer, 2016). Die Mitte-Studie 2018-2019 des Instituts für Interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld (IKG) und der Friedrich-Ebert-Stiftung hat beispielsweise eine Muslimfeindlichkeit bei 18,7% der Befragten festgestellt (vgl. Friedrich Ebert Stiftung, 2019, S. 3). Gar ein Viertel der Befragten vertrat die Ansicht, „Deutschland würde vom Islam unterwandert“ (s. ebd., S. 7). Diese Einstellungen werden von populistischen und radikalen Kräften politisch zugespitzt formuliert und in teils gewaltvolle Handlungen übersetzt.

Offene und direkte Formen (rassistischer) Diskriminierung können nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) juristisch sanktioniert werden. Jedoch findet antimuslimischer Rassismus oft subtil und verdeckt statt und äußert sich nicht nur in Formen, die zur Anzeige gebracht werden können. Insbesondere subtile Formen lassen sich statistisch nicht erfassen, werden aber teilweise sogar als belastender empfunden (vgl. Velho, 2015, S. 105).

Seit 2017 werden antimuslimische Straftaten separat erfasst (unter der Kategorie „islamfeindliche Straftaten“), dennoch wird nur ein Bruchteil der tatsächlichen Fälle gemeldet. Es wird davon ausgegangen, dass die Dunkelziffer weitaus höher ist (vgl. Bundestag, Drucksache 19/17069). Trotz dessen haben statistisch erfasste Fälle in den letzten Jahren zugenommen. 2020 wurden bisher insgesamt

901 Fälle als islamfeindliche Straftat registriert (vgl. rp-online, 2020)¹. Der Bundestag veröffentlicht für jedes Quartal entsprechende Untersuchungen, aus denen u. a. das Bundesland, die Tatzeit, der Tatort und der Phänomenbereich des Delikts hervorgehen. Aus den vier Publikationen des Bundestags für die jeweiligen Quartale ergibt sich, dass im Jahr 2020 in Rheinland-Pfalz 21 Fälle als islamfeindliche Straftaten erfasst wurden (vgl. Bundestag Drucksache 19/20631, Drucksache 19/22886, Drucksache 19/24774, Drucksache 19/26358). Diese teilen sich unter folgenden Zähldelikten auf: sechs Fälle von Volksverhetzung, vier Fälle von Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, drei Fälle von Beleidigung, jeweils zwei Fälle von Körperverletzung und gefährlicher Körperverletzung und jeweils ein Fall von Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgesellschaften und Weltanschauungsvereinigungen, Üble Nachrede und Verleumdung gegen Personen des politischen Lebens, Fälschung beweiserheblicher Daten und Sachbeschädigung. Alle Delikte wurden dem Phänomenbereich „Rechts“ zugeordnet (vgl. ebd.).

Diese Zahlen sollen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass von weitaus mehr antimuslimisch-rassistischen Vorfällen auszugehen ist. Gerade um das Ausmaß des Problems zu verdeutlichen, ist es jedoch von besonderer Bedeutung, entsprechende Fälle bei der Polizei zu melden.

¹ Die Zahlen für das vierte Quartal wurden noch nicht überarbeitet. Somit handelt es sich um vorläufige Zahlen. Oft wurden in den Folgeberichten neue Fälle aufgenommen, so dass die Zahlen für das vorherige Quartal hoch gingen.

Parallel zur strafrechtlichen Erfassung gibt es unabhängige Meldeportale, wie etwa #brandeilig, die gezielt Moscheeangriffe erfassen. Die Initiative zählt zwischen 2014 und 2019 allein in Rheinland-Pfalz 20 Angriffe auf Moscheen (und bundesweit für denselben Zeitraum 612 (!)) (s. Brandeilig.org, Brandeilig auf Twitter). Die Zahlen und Befunde, die als ‚Spitze des Eisbergs‘ zu verstehen sind, verdeutlichen, dass antimuslimischer Rassismus kein Randphänomen ist und massenweise in Erscheinung tritt.

RÜMEYSA ŞENEL

promoviert am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Mainz zum Thema „Antimuslimischer Rassismus aus der Betroffenenperspektive“. Sie studierte Politikwissenschaften und Soziologie an der Goethe Universität Frankfurt. Sie ist Promotionsstipendiatin des Avicenna Studienwerks. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind (antimuslimischer) Rassismus, Diskriminierung und soziale Ungleichheit, wohl-fahrtsstaatliche Institutionen.

DR. CONSTANTIN WAGNER

ist Juniorprofessor für Erziehungswissenschaft mit dem Schwerpunkt Heterogenität an der Universität Mainz. Er studierte Vergleichende Religionswissenschaften mit Schwerpunkt Islam, Ethnologie, Politikwissenschaften (M.A.) sowie Soziologie und Sozialpsychologie (Dipl.-Soz.) und absolvierte das Doktoratsstudium „Organisation und Kultur“ (Dr. rer. soc. / PhD). Er war u. a. wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Studien der Kultur und Religion des Islam (Universität Frankfurt). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Islam(-verständnisse) im postkolonialen Europa, Islamophobie / (anti-muslimischer) Rassismus (in öffentlichen Institutionen) sowie soziale Ungleichheit.

Literaturverzeichnis:

- Attia, Iman (Hg.) (2007): Orient- und Islambilder: Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischem Rassismus: Interdisziplinäre Beiträge zu Orientalismus und antimuslimischen Rassismus. Münster: Unrast.
- Balibar, Etienne (1992): Gibt es einen »Neo-Rassismus«? In: Balibar, Etienne/Wallerstein, Immanuel Maurice (Hg.): Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument-Verlag, 23-38.
- Shooman, Yasemin (2014): »... weil ihre Kultur so ist«: Narrative des antimuslimischen Rassismus. Bielefeld: transcript-Verlag.
- Velho, Astride (2015): Alltagsrassismus erfahren. Prozesse der Subjektbildung – Potenziale der Transformation. Frankfurt am Main u.a.: Peter Lang Edition.
- Wagner, Constantin (2011): Ressentiments gegen Muslime: soziale Funktionen des Islam-Diskurses in Deutschland. Marburg: Tectum-Verlag. Brandeilig.org: <https://brandeilig.org/>, <https://twitter.com/brandeilig/status/1271802018403889153/photo/1>
- Deutscher Bundestag (2020): Drucksache 19/20631 (<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/206/1920631.pdf>), zuletzt abgerufen: 19.03.2021.
- ders. (2020): Drucksache 19/22886 (<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/228/1922886.pdf>), zuletzt abgerufen: 19.03.2021.
- ders. (2020): Drucksache 19/24774 (<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/247/1924774.pdf>), zuletzt abgerufen: 19.03.2021.
- ders. (2021): Drucksache 19/26358 (<https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/263/1926358.pdf>), zuletzt abgerufen: 19.03.2021.
- Friedrich Ebert Stiftung (2019): Kurzzusammenfassung (<https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=39654&token=b0885615499aae36a49159101cc5a114769827c4>), zuletzt abgerufen: 19.03.2021.
- Kröhnert-Othman, Susanne/Kamp, Melanie/Wagner, Constantin (2011): Keine Chance auf Zugehörigkeit? Schulbücher europäischer Länder halten Islam und modernes Europa getrennt. Ergebnisse einer Studie des Georg-Eckert-Instituts für internationale Schulbuchforschung zu aktuellen Darstellungen von Islam und Muslimen in Schulbüchern europäischer Länder. Georg-Eckert-Institut für Internationale Schulbuchforschung (<http://repository.gel.de/handle/11428/172>), zuletzt abgerufen: 19.03.2021.
- RP Online (2021): Rechtsextremismus in Deutschland: Mehr als 900 islamfeindliche und antimuslimische Straftaten im Jahr 2020. (<https://rp-online.de/panorama/rechtsextremismus-in-deutschland-mehr-als-900-straftaten-gegen-muslimen-aid-56130537>), zuletzt abgerufen: 19.03.2021.
- Weichselbaumer, Doris (2016): Discrimination against Female Migrants Wearing Headscarves. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit, Diskussionspapier Nummer 10217, Bonn (<http://ftp.iza.org/dp10217.pdf>), zuletzt abgerufen: 19.03.2021.

IM GESPRÄCH MIT WALK FOR JUSTICE

Walk for Justice ist ein Koblenzer Verein, der sich 2020 während der Planungsphase einer Demonstration im Rahmen der Black Lives Matter Bewegung in Koblenz gegründet hat. Seine Aufgaben sieht der Verein darin, Anlaufstelle und Struktur für die Schwarze Community zu bieten, Selbstorganisation und Aufklärungsarbeit in Form von Workshops zu gestalten und kulturelle Veranstaltungen zu organisieren. Wir konnten mit den beiden Vorsitzenden Alisha Yvonne Schönfeld und Pierre Byer über ihre Arbeit und Erfahrungen sprechen.

Nach der Tötung von George Floyd am 25. Mai 2020 gab es weltweit Proteste der Bewegung Black Lives Matter. In diesem Zusammenhang gab es in Koblenz eine Demonstration gegen Rassismus mit über 1500 Menschen. Sie haben in der Folge den Verein Walk for Justice gegründet – wie kam es dazu?

P. Byer: Zum Zeitpunkt der Proteste im Mai und Anfang Juni, war der erste Gedanke: Ok, hier gibt es keinen Verein, keine Organisation, die etwas in die Richtung plant. Daher dachten wir uns, wir machen das. Uns war damals schon klar, dass wir einen Verein gründen wollen, um uns weiterhin aktiv einsetzen zu können.

A. Schönfeld: In den letzten Jahren ist die Thematik Rassismus mehr in den Fokus gerückt, weltweit. Natürlich existiert Rassismus schon sehr lange, aber dass man sich wirklich bewusst und aktiv damit auseinandersetzt, das hat bei uns persönlich erst vor 1-2 Jahren stattgefunden. Irgendwann war uns halt klar, dass wir irgendwas machen müssen, damit auch andere, die in Koblenz danach suchen, von einem bestehenden Verein für die Schwarze Community profitieren können. Uns war auch klar, dass es wichtig ist, jeden Menschen aus der Schwarzen Community willkommen zu heißen, egal ob er sie studiert oder arbeiten geht und unabhängig vom Alter. Wir brauchen einen gemeinsamen Safer Space.

P. Byer: Dieses Anliegen geht über solche Demonstrationen hinaus, für Menschen, die von Rassismus betroffen sind: Wir wollen jedem die Möglichkeit geben seine/ihre Idee vorzubringen um dann zu überlegen, wie man die Idee vom Verein aus unterstützen kann, sodass jede:r auf gleicher Ebene die Möglichkeit hat etwas zu verändern und aktiv zu sein.

Im Zuge der Black Lives Matter Bewegung gab es auch in Deutschland eine wahrnehmbare Diskussion über Rassismus. Zu gesellschaftlich wirksamen Auseinandersetzung mit Rassismus benötigt es aber mehr. Was erwartet der Verein Walk for Justice von Gesellschaft und Politik?

A. Schönfeld: Eins wäre mir da wichtig: Durch die grausame Ermordung von Georg Floyd ist zwar viel ins Rollen gekommen, es hätte aber leider auch einen anderen Schwarzen Menschen treffen können.



Ausschlaggebend für die Reichweite waren hier die Sozialen Medien. Rassismus betrifft uns schon seit der Kindheit, schon vor den Sozialen Medien. Für Schwarze Menschen ist Rassismus schon ein Leben lang präsent. Rückblickend auf die Geschichte, leiden Schwarze Menschen schon Jahrzehnte. Durch die Sozialen Medien wie Instagram, Twitter und Sonstiges, ist man jetzt einfach weltweit vernetzt und kann endlich durch die Medien, auf internationale und freie Nachrichtenerstattung zurückgreifen. Dadurch ist das Weltbild klarer und durch diese Klarheit, hat sich auch in unserer Schwarzen Community etwas getan.

P. Byer: Zum Thema mediale Berichterstattungen: Ich denke, die meisten Journalist:innen sind da immer noch nicht sensibel genug mit dem Thema, es wird immer noch ein bisschen zu grob angefasst und teilweise ein bisschen als Hype oder Trend gesehen. Ein Beispiel dazu ist, dass bei unserer Demo im Juni circa 1500 Menschen in Koblenz teilgenommen haben. 3 Monate später organisierten wir eine zweite Demo, da waren 200 Menschen. Da merkt man, dass das Thema für viele Nicht-Betroffene immer noch als Momentaufnahme gesehen wird, für Schwarze Menschen trifft das aber natürlich überhaupt nicht zu. Jetzt hatten wir die Möglichkeit, dass viele Menschen genau hingucken und zuhören, das haben wir im Endeffekt zu nutzen versucht, um anderen Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Stimmen zu erheben. Grundsätzlich wollen wir eher was für die Community

machen und da empowern, weil wir gar nicht diesen ermüdenden Kampf gegen diese alte-Weiße-Männer Politik führen wollen. Die Liste, was passieren müsste ist endlos. Um Rassismus komplett zu beseitigen, müssten wir auch über andere Unterdrückungsformen wie Sexismus sprechen.

A. Schönfeld: In der Diskussion um Rassismus ist die Perspektive von Schwarzen Menschen leider oft unterrepräsentiert. Das ist ein wichtiger Punkt, der jetzt natürlich vereinzelt angegangen wird, aber bei der Thematik muss dabei auf Betroffene zurückgegriffen werden. Ich glaube, dass sich viele Weiße Menschen intensiver mit ihrer Rolle im Rassismus auseinandersetzen, was zur Veränderung in der Politik beitragen kann. Dennoch müssen Schwarze Stimmen gehört werden.

Die Meldestelle dokumentiert rassistische Vorfälle, Anfeindungen und Bedrohungen: Sind Sie als Organisation von rassistischer Gewalt oder Bedrohung betroffen und wenn ja, wie äußert sich diese?

A. Schönfeld: Zuerst einmal finde ich es wichtig, aus Perspektive der Schwarzen Community, dass man sich zu solchen Erfahrungen auf persönlicher Ebene nicht äußern muss. Es gibt natürlich Menschen, die wollen das, was dann auch in Ordnung ist. Auf mich bezogen, kann ich allgemein sagen, dass struktureller Rassismus im Alltag präsent ist. Außerdem ist die grundlegende Gegebenheit vieler rassistischer Menschen in der Gesellschaft spürbar. Hinzu kommt die bloße gesellschaftliche Ordnung, welche ja ständig ein Spiegel des Rassismus und der Ausbeutung Afrikas ist.

P. Byer: Es schwingt einfach immer mit. Es ist ja nicht so, dass wenn man vor die Tür geht, man immer mit diesem offensichtlichen Rassismus konfrontiert wird, ich glaube aber, dass man, wenn man Diskriminierung, auf welcher Ebene auch immer, schon mal erfahren hat, man feststellt, dass es in alltäglichen Situationen immer mitschwingt.

Vielen Dank für das Gespräch!

Demonstration in Koblenz im Sommer 2020
© Walk for Justice e.V.

08 DEMOKRATIEFEINDLICHE UND RECHTSEXTREME VORFÄLLE IN RHEINLAND-PFALZ

#TRIGGERWARNUNG.

„DEMOKRATIEFEINDLICHE UND RECHTSEXTREME GEWALT“

Für das Jahr 2020 dokumentierte die Meldestelle 89 demokratiefeindliche und rechtsextreme Vorfälle. Die dokumentierten Vorfälle können aufgrund ihrer begrenzten Aussagekraft für 2020 nur einen ersten Einblick geben und auf bestimmte Problemlagen hinweisen. Unter Demokratiefeindlichkeit werden Vorfälle gefasst, die sich gegen vermeintliche politische Gegner:innen und gegen politische Verantwortungsträger:innen, Funktionär:innen oder staatliche Repräsentant:innen richteten.

VORFÄLLE GEGEN POLITISCHE GEGNER:INNEN

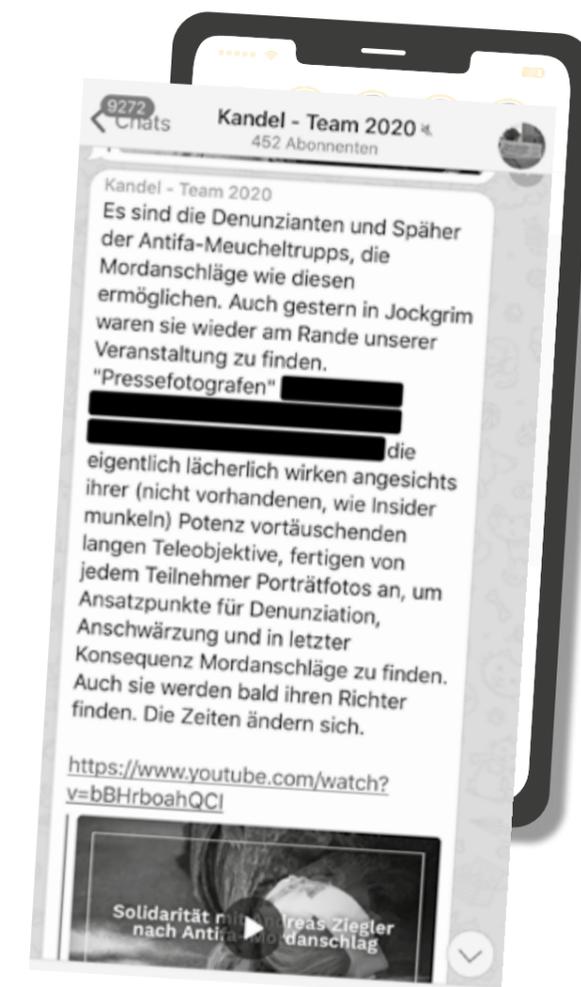
Die Meldestelle dokumentierte 45 Vorfälle, die der Kategorie gegen politische Gegner:innen zugeordnet werden konnten. Sie richten sich beispielsweise gegen Initiativen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus, antirassistische Netzwerke, zivilgesellschaftlich engagierte Einzelpersonen aber auch Journalist:innen. Die Vorfälle betrafen gezielt Personen und Einrichtungen, die für die Täter:innen stellvertretend für verhasste Werte stehen: Meinungspluralität, die Garantie von Menschenrechten, der Einsatz für Betroffene von Rassismus und anderen Facetten Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit oder auch eine öffentliche antifaschistische Positionierung.

VORFÄLLE EREIGNEN SICH LANDESWEIT

Vorfälle ereigneten sich landesweit: Im Kreis Altenkirchen wurde im Oktober das Schaufenster der Büros einer zivilgesellschaftlichen Organisation beschä-

digt; hinter der Schaufensterscheibe wurde das Programm der interkulturellen Themenwoche beworben. Die Wanderausstellung *Fake News – eine Gefahr für die Demokratie* wurde gleich mehrmals beschädigt, in Bad Sobernheim beschmierten Täter:innen eine Ausstellungstafel mit dem Schriftzug „linke Hetze“, in Bad Kreuznach wurde die Wanderausstellung zweimal massiv beschädigt.

Auch Journalist:innen gerieten ins Visier rechtsextremer Täter:innen. Das rechtsextreme Frauenbündnis Kandel, das in der Region seit Jahren durch Bedrohungen und Beleidigungen auffällt (s. Interview S. 26), bezeichnete die Lokaltzeitung *Die Rheinpfalz* als „linksfaschistisches Nuttenblatt“. Mehrfach richteten sich Vorfälle gegen Journalist:innen und Fotograf:innen. Beispielsweise wurden zwei Fotograf:innen in einem öffentlichen Telegram-Chat beleidigt und bedroht. Auch dieser Beitrag stammt aus dem Umfeld rechtsextremer Akteur:innen aus der Region um Kandel.



Screenshot eines öffentlich einsehbaren Telegramchats © Meldestelle

In einem weiteren Fall traf es einen Mitarbeiter der Universität Mainz. Ein Mitglied einer extrem rechten Musikband aus dem Raum Worms postete die öffentlichen Kontaktdaten eines Musikwissenschaftlers, der sich kritisch mit der rechtsextremen Musikszene auseinandersetzt. Zusätzlich wurde dazu aufgerufen, den Betroffenen in einer Lehrveranstaltung oder im Büro zu besuchen. Auch wenn die Botschaft indirekt formuliert wird, um strafrechtliche Folgen zu vermeiden; die Botschaft für die Betroffenen ist klar, Verunsicherung und Einschüchterung sind die Folgen.

VORFÄLLE GEGEN POLITISCHE VERANTWORTUNGSTRÄGER:INNEN UND STAATLICHE REPRÄSENTANT:INNEN

Ähnliche Aggressionen richten sich gegen politische Verantwortungsträger:innen und staatliche Repräsentant:innen, etwa in Form von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen auf Politiker:innen oder Mitarbeiter:innen von Behörden. In diesen Fällen werden Personen oder Institutionen stellvertretend für das demokratische System zum Feindbild erklärt. Verstärkt werden solche antidemokratischen Angriffe auch durch eine Anti-Establishment Rhetorik rechtsextremer Narrative.

Zehn Vorfälle aus dem Jahr 2020 wurden der Kategorie gegen politische Verantwortungsträger:innen, Funktionär:innen oder staatliche Repräsentant:innen zugeordnet. Bei fünf dieser Vorfälle konnte ein Bezug zur verschwörungsideologischen Corona-Leugner:innen Szene hergestellt werden. So wurde in Germersheim ein Hakenkreuz auf die Eingangstür des Gesundheitsamts gesprüht, in anderen Fällen kam es zu Bedrohungen und Beleidigungen gegen Mitarbeiter:innen der Ordnungsbehörden. In einem Fall wurden personenbezogene Daten einer städtischen Mitarbeiter:in mit einschlägigen Kommentaren in einer öffentlichen Chatgruppe geteilt. In der Hälfte der Vorfälle waren Mitarbeiter:innen von Ordnungsbehörden oder Polizeibeamt:innen betroffen.

RECHTE GEWALT: VIELFÄLTIGE FEINDBILDER

Extrem Rechte Einstellungen und Ideologien bedienen sich einer Vielzahl an Feindbildern: Rassismus in seinen unterschiedlichen Formen, Antisemitismus, die Feindschaft aufgrund von Sexualität oder geschlechtlicher Identität, die Abwertung von wohnungslosen Menschen und der Hass gegen politische Gegner:innen. Rechte Gewalt und Übergriffe stehen im Zusammenhang mit gesellschaftlichen Diskursen, die sich gegen die Gleichwertigkeit von

Menschen richten. Ziel der Meldestelle ist die Sichtbarmachung der Bedrohungslage für Menschen, die nicht in das Weltbild rechter Täter:innen passen, es geht um die realen Auswirkungen für Betroffene Rechter Gewalt in Rheinland-Pfalz. Die dokumentierten Vorfälle weisen eine Breite an Deliktformen auf, in einzelnen Fällen wiesen die Taten sogar rechtsterroristische Bezüge auf.

In Wittlich legten unbekannte Täter:innen einen abgetrennten Schweinekopf vor einen Handwerksbetrieb. Daneben wurde der Schriftzug „NSU“ hinterlassen. Aus dem Tatkontext heraus kann von einer rassistischen Motivation ausgegangen werden, der Bezug auf den rechtsterroristischen *Nationalsozialistischen Untergrund* verweist auf die politische Verortung der Täter:innen. Der Bezug auf die zehn rassistischen Morde durch den NSU muss als klare Botschaft an potenziell Betroffene verstanden werden.

Im August 2020 erhielt eine linke, antirassistische und antifaschistische Organisation aus Mainz zum wiederholten Mal ein anonymes Drohschreiben. Das Schreiben ist durchsetzt von Rassismus, Frauenhass und Vernichtungsfantasien gegenüber Andersdenkenden.

DAS NOCH??? " WIR LASSEN UNS NICHT EINSCHÜCHTERN UND SETZEN UNS WEITER FÜR GEFLÜCHTET EIN ", DIESER SATZ WIRD EUCH NOCH IM HALSE STECKEN BLEIBEN !! DEMO GEGEN RECHTS, STÖHRUNGEN DURCH VERSIFFTES ANTIFA PACK , UND JETZT NOCH DIE WIEDERLICHE BLACK FUCK MATTER BEWEGUNG . IHR WOLLT SCHEINBAR DEN KRIEG. IHR SOLLT IHN BEKOMMEN !!!

Rassistische Hetze und Gewaltfantasien gegen Andersdenkende. Ausschnitt aus einem Drohschreiben © Meldestelle

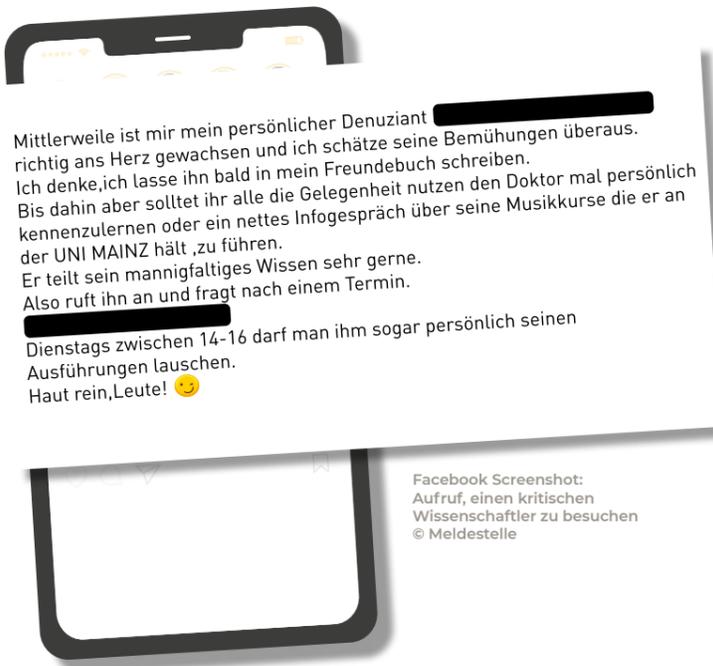
In dem Schreiben drohen die anonymen Verfasser:innen mit der angeblichen Bewaffnung „einsamer Wölfe“ und beziehen sich positiv auf den Attentäter von Hanau, der im Februar 2020 aus rassistischen und verschwörungsideologischen Motivationen heraus zehn Menschen erschoss. Das Mainzer Drohschreiben ist von Hasstiraden und Gewaltfantasien gegen eine Vielzahl von extrem Rechten Feindbildern durchzogen. Der Hass richtet sich gegen selbstbestimmte Lebensentwürfe von Frauen, gegen „Gutmenschen“ und gegen nicht-Weiße Perso-

nen. Im Sinne der Verschwörungsideologie des großen Austauschs wird vom „Holocaust am deutschen Volk“ gesprochen. Die Bedrohungen zielen auf die Verunsicherung und (psychische) Verletzung der Betroffenen ab. Durch Gewaltandrohungen sollen sie zum Schweigen gebracht werden. In diesen Fällen müssen sicherheitsbehördliche Ermittlungen in aller Konsequenz geführt werden, darüber hinaus ist aber auch ein nicht-staatlicher Umgang zusammen mit den Betroffenen wichtig. Betroffene benötigen spezifische individuelle Unterstützung und Beratung. In Fällen von Rechter Gewalt steht Betroffenen hierfür die Beratungsstelle m*power zur Verfügung. Ebenso wichtig ist die Solidarisierung mit den Betroffenen.

Zusätzlich erfasste die Meldestelle in der Startphase des Projekts 34 weitere Vorfälle, bei denen keine direkten Betroffenengruppen ersichtlich waren, Tatkontext und Hergang aber rechtsextreme Tatmotivationen sichtbar machten. Hierunter fallen insbesondere Propagandadelikte, die bei der Meldestelle gemeldet und dokumentiert wurden. Die dokumentierten Vorfälle sowie die Ergebnisse der Netzwerkarbeit bekräftigen die Notwendigkeit, das Ausmaß Rechter Gewalt mit einem gesonderten Blick sichtbar zu machen. Der Meldestelle kommt hier eine wichtige Rolle zu, um zusammen mit Kooperationspartner:innen wie der Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Rheinland-Pfalz unabhängige Erhebungen sowie Analysen zu erarbeiten. Hierbei kann auf Standards des Verbands der Beratungsstellen für Betroffene Rechter Gewalt (VBRG) zurückgegriffen werden^[1].

Die Meldestelle konnte mit der Initiative *Omas gegen Rechts* aus Kandel über ihre Erfahrungen mit Rechten Anfeindungen und Übergriffen sprechen. Die *Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz* gibt einen kurzen Überblick zu rechtsextremen Aktivitäten im Land.

¹ Zählweise-und-Datenbasis-des-VBRG-Monitorings-22.02.2018.pdf (verband-brg.de)



Facebook Screenshot: Aufruf, einen kritischen Wissenschaftler zu besuchen © Meldestelle

Aber auch auf offener Straße kam es zu Vorfällen und Übergriffen: Als in Koblenz im Februar 2020 ca. 200 meist junge Menschen der *Fridays for Future* Bewegung demonstrierten, mussten Polizist:innen einen Angriff von zwei Männern aus dem neonazistischen Umfeld verhindern. Im Zuge dessen kam es zu weiteren Beleidigungen und Bedrohung von Teilnehmer:innen der Demonstration.

IM GESPRÄCH MIT DEN OMAS GEGEN RECHTS

Kandel/Südpfalz



Omas gegen Rechts in Aktion
© Omas gegen Rechts

Die Omas gegen Rechts sind eine zivilgesellschaftliche und überparteiliche Initiative, die sich in Regionalgruppen bundesweit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie engagiert. Ihr Ziel: das Entstehen für eine demokratische, rechtsstaatlich organisierte, freie Gesellschaft. Bei den Omas gegen Rechts sind aber auch „Opas, Kinder, Enkelkinder und Freund:innen“ willkommen. Auch im rheinland-pfälzischen Kandel gibt es eine Ortsgruppe. In der Region treten seit den rassistischen Großdemonstrationen im Jahr 2018 rechtsextreme Akteur:innen teils aggressiv auf. Bis heute finden hier regelmäßige Demonstrationen statt. Über ihr Engagement vor Ort haben wir mit Inge Heimer von den Kandler Omas gegen Rechts gesprochen.

Die Meldestelle m*power dokumentiert Anfeindungen und Übergriffe gegen Personen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und gegen Hass und Hetze engagieren. Haben Sie Erfahrungen mit solchen Anfeindungen machen müssen und wenn ja, wie äußerten sich diese Anfeindungen?

I. Heimer: Wir werden sowohl als Organisation als auch als Einzelpersonen beleidigt, bedroht und angegriffen, sowohl in den sozialen Medien als auch im „real life“.

So hat uns zum Beispiel ein bekannter Rechtsextremist aus Halle schon zwei Mal aufs vulgärste sexistisch beleidigt. Er sagte als Redner auf einer Demonstration:

Wir Omas „sollen mit unseren drei vertrockneten Löchern in die Flüchtlingsheime gehen und dort die Flüchtlinge befriedigen, damit die andere Frauen in Ruhe lassen“.

Als wir in Landau einen Infotisch hatten, wurden wir von einem Neonazi, der zur Kameradschaft Zweibrücken gehört, angegriffen. Ich selbst wurde schon oft von Mitgliedern des rechtsextremen „Frauenbündnis Kandel“ bedroht und beleidigt. Der Mann hinter diesem „Frauenbündnis“ fotografierte auch mein Wohnhaus und postete es auf Facebook.

Eine andere Oma, die in Kandel ein Geschäft hat, hatte nach fast jeder Demo Fäkalien vor der Ladentür.

Wie gehen die Omas gegen Rechts mit Bedrohung von Rechts um und wie wirken sich solche Vorfälle privat, aber auch auf die politische Arbeit aus?

I. Heimer: Wir reden darüber, wir wehren uns verbal, erstatten auch Anzeigen. Wir passen gegenseitig auf uns auf, niemand geht nach einer Demo alleine zum Auto oder Bahnhof. Aber wir lassen uns auf keinen Fall einschüchtern. Täten wir das, hätten die Rechten gewonnen. Als ich vor zwei Jahren für den Gemeinderat kandidierte, wurden Schmäh-Flyer über mich in meinem Wohnort in den Briefkästen verteilt.

Wissen Sie, wer hinter diesen Anfeindungen steckt oder handeln die Täter:innen aus der Anonymität heraus?

I. Heimer: Ja, wir wissen, wer dahintersteckt, jedenfalls meistens.

Nach mehreren Jahren des Engagements: Fühlen Sie sich von Politik und Gesellschaft ausreichend unterstützt?

I. Heimer: Wir bekommen zwar oft positive Rückmeldungen aus der Gesellschaft, aber das reicht nicht,

wir würden uns auch mehr Zulauf wünschen. Nein, wir fühlen uns von Politik und Gesellschaft nicht unterstützt, teilweise wird unsere antifaschistische Arbeit von politischen Parteien torpediert.

Was erwarten Sie von Staat und (Zivil-) Gesellschaft?

I. Heimer: Bei unseren Protestaktionen wünschen wir uns weniger Behinderungen durch Ordnungsbehörden und Polizei, zum Beispiel bei der Ermöglichung von (Gegen-) Protest in Hör- und Sichtweite. Hier wünschen wir uns die Gleichbehandlung jeder Form von demokratisch legitimiertem Protest.

Wir wünschen uns mehr Akzeptanz für antifaschistische Arbeit durch die Gesellschaft. Die Kriminalisierung antifaschistischer Proteste seitens Politik und Gesellschaft muss aufhören! Politik und Gesellschaft müssen aufhören im Schema vom Extremismus-Hufeisen zu denken.

Vielen Dank für das Gespräch!

Omas gegen Rechts

“ UNSER ZIEL:
DAS EINSTEHEN FÜR EINE
DEMOKRATISCHE,
RECHTSSTAATLICH ORGANISIERTE,
FREIE GESELLSCHAFT.

KEIN LOCKDOWN FÜR RECHTSEXTREME

RHEINLAND-PFALZ IM ERSTEN JAHR DER PANDEMIE
VON MAX GERLACH, MOBILE BERATUNG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Sie verkleben Sticker, organisieren öffentliche Demonstrationen und klandestine Konzerte oder schmieden Anschlagpläne im Internet. Im Folgenden sollen einige Schlaglichter das rechtsextreme Dunkelfeld erhellen und aufzeigen, wie die Akteur:innen im Land wirken.

HETEROGENE CORONA- PROTESTE

2020 prägen vor allem Corona-Proteste das sichtbare Bild des Rechtsextremismus. Hier sammeln sich um ihre Existenz besorgte Künstler:innen, sogenannte Impfkritiker:innen, Esoteriker:innen, evangelikale Christ:innen, Reichsbürger:innen, Rechtspopulist:innen sowie Neonazis. Allein in diesem Jahr finden mindestens 183 Versammlungen der heterogenen Bewegung statt, Schwerpunkte der Aktivitäten liegen im Westerwald, in Koblenz, Wittlich, Mainz, Kaiserslautern und Landau. Eine Kundgebung in der Landeshauptstadt schlägt größere Wellen. Dort sagt der baden-württembergische AfD-Abgeordnete Stefan Rapp: „Wir brauchen eine Masse auf der Straße und wir müssen die Regierung zuallererst stürzen. Und zwar mit Gewalt“. Er wird zwar daraufhin aus der Fraktion ausgeschlossen, an seiner Rede wird aber die offen antidemokratische Ausrichtung von Teilen der Protestierenden leicht ersichtlich.

RAZZIEN, DROHUNGEN UND EINE TÖTUNG

Im Januar verbietet der Bundesinnenminister die Vereinigung *Combat 18* und lässt in diesem Zusammenhang auch die Wohnräume eines Mitglieds aus Trier-

weiler durchsuchen. Im Februar durchsucht die Polizei auch in Rheinland-Pfalz Häuser von Mitgliedern des umstrittenen Vereins *Uniter*, der im Vorfeld durch paramilitärisch anmutende Übungen aufgefallen ist. Ebenfalls im Februar lässt der Generalbundesanwalt die mutmaßliche Terrorzelle *Gruppe S* verhaften, die im Verdacht steht, Anschläge gegen Politiker:innen sowie Muslim:innen geplant zu haben. Unter den bundesweit 13 Beschuldigten

RAZZIEN, DROHUNGEN UND EINE TÖTUNG

ist auch ein Rheinland-Pfäler aus Koblenz. Bei einer anderen Razzia in Koblenz stellt die Polizei im März die Schrotflinte eines Mitglieds des Reichsbürger-Vereins *Geeinte deutsche Völker und Stämme* sicher. Der Bundesinnenminister verbietet auch diesen Verein, es gibt Razzien bei 21 Mitgliedern in 10 Bundesländern. Im Juli durchsucht die Polizei in verschiedenen Bundesländern und den Niederlanden die Wohnungen mehrerer Anhänger:innen der *Goyim Partei Deutschland*. Darunter sind auch zwei Personen aus Ludwigshafen und dem Kreis Kusel. Die antisemitische Vereinigung rief zur Tötung von Jüd:innen auf.

Der Generalbundesanwalt wirft dem Gründer des rechtsextremen *Frauenbündnis Kandel* vor, die Präsidentin des Landauer Landgerichts bedroht zu haben.

Er hatte ihr angekündigt, man könnte sich mal treffen, „zum netten Plausch auf der Terrasse“. Die Generalstaatsanwaltschaft wertet das als Bedrohung, die Formulierung nehme offensichtlich Bezug auf den Mord am Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke, der am 1. Juni 2019 von einem Neonazi auf seiner Terrasse erschossen wurde. Auf der anonym im Internet veröffentlichten rechtsextremen Bedrohungsliste „Nürnberg 2.0“, auf der auch Lübcke verzeichnet war, stehen außerdem mehrere Landauer.

Im August 2020 fordert ein Neonazi ein Leben: Sascha L. stirbt an einem Stich mit einem 20 Zentimeter langen Fleischermesser in seine Brust. Momente vorher hat L. das Haus seines 34-jährigen rechtsextremen Nachbarn Andreas F. in Zweibrücken betreten, nachdem dieser in einem lautstarken Streit gegenüber seiner eigenen Mutter handgreiflich geworden sein soll. F. wird die Tat später einräumen, sagen, er habe in Notwehr gehandelt. Zeitweise war der Täter eng verbunden mit dem *Nationalen Widerstand Zweibrücken*. Ihn werden seine Jahre in der rechtsextremen Szene, die allgegenwärtige Gewaltbereitschaft und die stetige Geringschätzung des Lebens geprägt und radikalisiert und die Hemmschwelle zu seiner Tat herabgesetzt haben. Die für den Rechtsextremismus wesentliche Missachtung der menschlichen Freiheit und Gleichheit zeichnet den Weg zur Gewalt vor. Das Landgericht Zweibrücken verurteilt F. im Februar 2021 zu sechs Jahren Haft, stellt aber kein politisches Motiv fest. F. geht gegen das Urteil in Revision.

PARTEIEN, GRUPPEN UND SUBKULTUR

Die rechtsextreme Szene in Rheinland-Pfalz teilt sich in drei Parteien und verschiedene andere Gruppierungen. Der geografische Einflussbereich der Akteur:innen ist jeweils begrenzt. Die Aktivitäten der NPD konzentrieren sich auf die Westpfalz, Worms

und Trier. Die Partei tritt vor allem mit Flugblattverteilungen, kleineren Kundgebungen und Aktionen wie dem demonstrativen Besuch der Wormser Synagoge am 9. November hervor. In Trier stellt ihr Vorsitzender in Stadtratssitzungen provozierende Fragen und führt Klagen gegen die Stadt, beispielsweise gegen die Corona-bedingte Maskenpflicht in der Innenstadt sowie die Stadtratswahl.

Der Landesverband Südwest der Partei *Die Rechte* tritt teils auch als *Kameradschaft Rheinhessen* auf und demonstriert häufig gemeinsam mit dem *Nationalen Widerstand Zweibrücken*. Kundgebungen finden 2020 unter anderem in Zweibrücken, Alzey,



Neonazi-Demonstration in Worms im Juni 2020
Auch hier gilt Mund-Nasen-Schutz-Pflicht
© Max Gerlach

Wörrstadt, Wöllstein, Rockenhausen, Kirchheimbollen, Eisenberg, Contwig, Pirmasens, Kaiserslautern und – allein hier fünf Mal – in Ingelheim statt. Im November 2020 marschieren etwa 90 Neonazis aus Westdeutschland unter organisatorischer Federführung der Partei *Die Rechte* aus Nordrhein-Westfalen und zusammen mit einzelnen NPD-Aktivist:innen zum jährlichen „Trauermarsch“ in Remagen auf. Am 6. Juni 2020 versammeln sich in Worms vor allem Anhänger:innen von NPD und *Die Rechte* zum „Tag der deutschen Zukunft“, eine für die bundesdeutsche Neonazi-Szene wichtige Demonstration. Zusammen bringen sie knapp 60 Personen auf die Straße.

Weniger öffentlich sind Aktivitäten der Partei *Der III. Weg*. Wanderungen, Kampfsporttrainings und Gedenken im kleinen Kreis vor Kriegsgräberstätten sollen Mitstreiter:innen langfristig binden. Geographische Schwerpunkte liegen in Rheinhessen, der Pfalz und insbesondere im Westerwald. In Siegen (NRW) eröffnet die Partei ein Bürgerbüro, das auch für die Szene in Rheinland-Pfalz einen Bezugspunkt bildet. An die Öffentlichkeit wendet sich die Partei partiell mit

korps und der *Hammerskins* aus Ludwigshafen. Anders verhält es sich beim *Frauenbündnis Kandel* und der *Identitären Bewegung*.

Nachdem der afghanische Geflüchtete Abdul D. im Dezember 2017 seine deutsche Ex-Freundin Mia V. ersticht, marschieren in Kandel immer wieder Neonazis, Hooligans und andere Rassist:innen auf. Auch nach dem Freitod des verurteilten Täters im Oktober 2019 bleiben die Protagonist:innen vom *Frauenbündnis Kandel* aktiv, organisieren auch 2020 weitere Versammlungen – nun häufig zum Thema Corona – und schreiben umtriebig in den sozialen Netzwerken.

Die *Identitäre Bewegung* ist in den Großregionen Trier und Koblenz präsent. Besonders in Trier sind führende Aktivist:innen überregional gut vernetzt, etwa mit dem *Institut für Staatspolitik* in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) um den neurechten Vordenker Götz Kubitschek. Die öffentlich bekannt gewordenen Aktivitäten der *Identitären Bewegung* in Rheinland-Pfalz beschränken sich 2020 auf Info-Tische, das Verkleben von Stickern und das Aufhängen von Bannern.

Durch Musik und Konzerte macht die rechtsextreme Szene ihre Inhalte für einen breiten Rezipient:innenkreis leicht konsumierbar und zugänglich, erwirtschaftet Geld für ihre Aktivitäten

und bringt Personen zusammen. In Rheinland-Pfalz spielen der rechtsextreme Musiker Frank Rennie (in der Westpfalz/Saarland) sowie die Bands *Renitenz* (in Zweibrücken), *F.I.E.L.* (in der Pfalz) und *Heureka* (im Westerwald) im Jahr 2020 Konzerte. Die ebenfalls aus dem Westerwald kommende Band *Blutkult* bringt in diesem Jahr drei CDs gemeinsam mit den Bands *Celtic Dance*, *Maléfice* und *Division Hagal* heraus. Die Wormser Band *Mjöllnir* nimmt ein neues Album auf. In Ludwigshafen ist das Label *Gjallarhorn Klangschmiede* beziehungsweise der Musikvertrieb *Frontmusik* verwurzelt und bietet eine langjährig gewachsene Infrastruktur.

dem Verteilen von Flugblättern und einer Kundgebung im Juni in Kaiserslautern. Mit über 60 Teilnehmenden aus verschiedenen Bundesländern ist es eine der größten öffentlichen neonazistischen Versammlungen in Rheinland-Pfalz in diesem Jahr.

Nur punktuelle Aufmerksamkeit erreichen Aktivitäten anderer rechtsextremer Gruppierungen wie jene des *Heimatschutz Donnersberg*, des *Freundeskreis Westerwald*, der *Westerwälder Gruppe Forke & Schaufel*, der *Ruschberger Frei-*



Neonazis marschieren bei ihrem jährlichen „Trauermarsch“ im November 2020 durch Remagen. Am Straßenrand haben Gegendemonstrant:innen Plakate mit den Bildern von Todesopfern rechter Gewalt aufgehängt.
© Max Gerlach

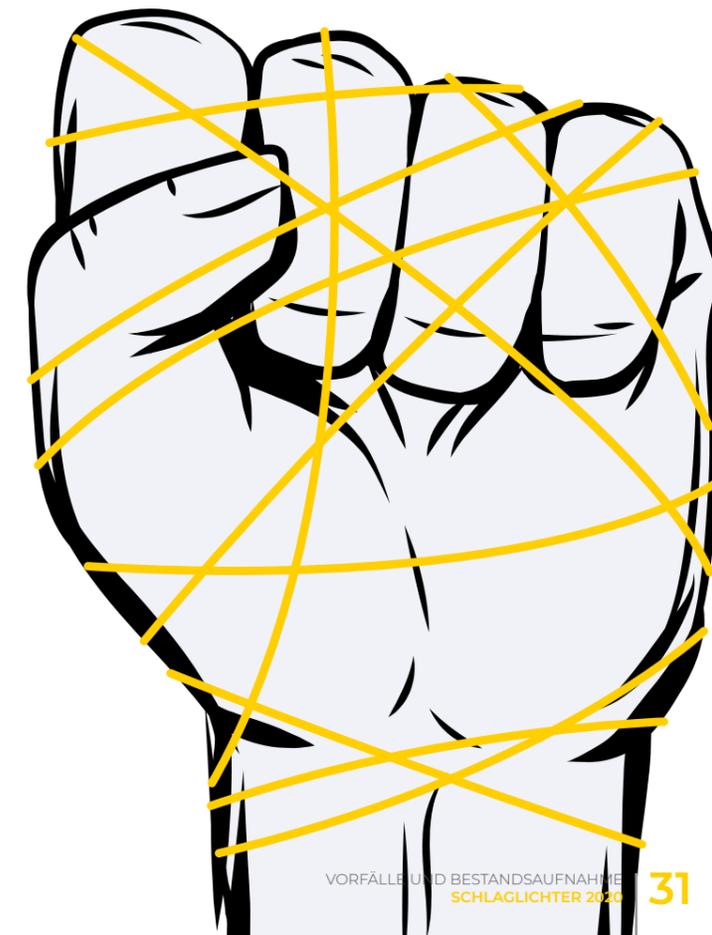


SIE VERKLEBEN STICKER, ORGANISIEREN ÖFFENTLICHE DEMONSTRATIONEN UND KLANDESTINE KONZERTE ODER SCHMIEDEN ANSCHLAGSPLÄNE IM INTERNET.

ZERSPLITTERT, ABER PRÄSENT UND BEDROHLICH

Die rechtsextreme Szene in Rheinland-Pfalz ist zersplittert. Manche Akteur:innen kooperieren miteinander, zwischen anderen gibt es offene Konflikte und Rivalitäten. Gemein ist ihnen, auch in der Pandemie ihre Aktivitäten fortzuführen, um neue Mitstreiter:innen zu werben und Präsenz ausstrahlen. Einen fruchtbaren Boden finden rechtsextreme Erzählungen bei den Corona-Protesten, die dem Rechtsextremismus dauerhaft Auftrieb geben könnten.

Die polizeilichen Razzien sind auch ein Signal an die Szene, dass der demokratische Staat in der Pandemie handlungsfähig bleibt. Sie verdeutlichen das terroristische Gewaltpotenzial des Rechtsextremismus. Gefragt sind nicht nur die Sicherheitsbehörden, sondern auch eine aktive Zivilgesellschaft, die wachsam auf rechtsextreme Akteur:innen schaut und deren Handlungsspielräume einschränkt.



09

ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN RHEINLAND-PFALZ

#TRIGGERWARNUNG.

„ANTISEMITISCHE ÜBERGRIFFE“

Antisemitismus kann nach der Definition der International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) als „eine bestimmte Wahrnehmung von Jüd:innen, die sich als Hass gegenüber Jüd:innen ausdrücken kann“^[1] bestimmt werden.

ANTISEMITISMUS IST EIN ALLTÄGLICHES PHÄNOMEN

Der Antisemitismus richtet sich in Wort und Tat gegen jüdische oder nicht-jüdische Einzelpersonen und/oder deren Eigentum sowie gegen jüdische Gemeindeinstitutionen und religiöse Einrichtungen. Antisemitismus ist ein alltägliches Phänomen, das unterschiedlich wirkt und sich in verschiedenen Formen äußert. Antisemitismus kann auch als Welterklärung dienen, in der negative soziale, politische und wirtschaftliche Entwicklungen Jüd:innen zugeschrieben werden. Antisemit:innen machen Jüd:innen für eine angebliche Verschwörung gegen die Menschheit verantwortlich, Jüd:innen werden negative Charakterzüge unterstellt. Auch Kritik am Staat Israel kann antisemitisch sein, wenn sie pauschalisierend auf Israel als Staat der Jüd:innen zielt und beispielsweise das Existenzrecht Israels in Frage stellt.

Seit September 2020 dokumentierte die Meldestelle bis zum Ende des Jahres 27 antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz. Die dokumentierten Vorfälle können aufgrund ihrer begrenzten Aussagekraft

für 2020 nur einen ersten Einblick geben und auf bestimmte Problemlagen hinweisen. Die Vorfälle decken verschiedene Ausformungen des Antisemitismus ab. Zukünftiges Ziel ist eine systematische Erfassung von antisemitischen Vorfällen, sowohl von Gewalttaten als auch von Sachbeschädigungen, Propagandadelikten und Beleidigungen sowie Anfeindungen und Benachteiligungen. Unter den zu Beginn dokumentierten 27 Vorfällen finden sich *Sachbeschädigungen (10), Propaganda und Volksverhetzung (5), Beleidigungen (1) und Bedrohungen (6), Hasskommentare (4) und diskriminierendes Verhalten (1).*

DELIKTE ANTISEMITISMUS	VORFÄLLE
Sachbeschädigung	10
Propaganda und Volksverhetzung	1
Beleidigung	1
Bedrohung	6
Hasskommentare	4
diskriminierendes Verhalten	1

Delikte Antisemitismus © Meldestelle

BEISPIELE FÜR ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN RHEINLAND-PFALZ

Hass und Anfeindungen gegenüber Jüd:innen zeigten sich in verschiedenen Formen: In Koblenz hinterließen Täter:innen im Februar 2020 die Botschaft „Juden unerwünscht“ an einer Hausfassade; auf einem Schild wurde ein Straßename in „Judengasse“ umgeändert. In Kaiserlautern hinterließen Täter:innen im September 2020 mehrfach die Wörter „Hass“ und „Jude Tot“ auf Gebäuden mit Bezug zur jüdischen Gemeinde. Die Meldestelle dokumentierte in zwei Fällen personalisierte antisemitische Drohschreiben. Vor dem Hintergrund antisemitischer Gewalttaten, wie dem Terroranschlag auf die Synagoge in Halle, führen solche Taten zu einer massiven Verunsicherung und Bedrohungslage für jüdische Menschen.

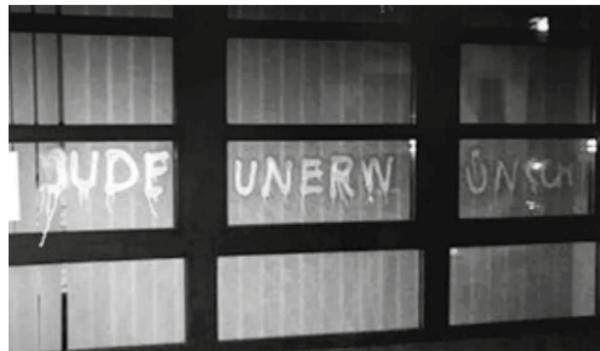
¹ Arbeitsdefinition von Antisemitismus | Drupal (holocaustremembrance.com)

BERATUNGSSTELLE m*power

FÜR BETROFFENE VON RECHTER, RASSISTISCHER UND
ANTISEMITISCHER GEWALT IN RHEINLAND-PFALZ

Ebenfalls wurden Beispiele für israelbezogenen Antisemitismus dokumentiert. Im Kreis Ahrweiler steckten Unbekannte am Holocaustgedenktag kleine Israelfahnen in mehrere Hundehaufen auf einem Fußweg. In Trier wurde eine Sprüherei auf einer Mauer im Palastgarten dokumentiert: „Fuck Israel“ „Free GAZA“.

Die antisemitischen Aggressionen richteten sich auch gegen Erinnerungsorte der Shoa. Rund um den Gedenktag zur Reichspogromnacht, zwischen dem 9. und 11. November 2020, wurde in Koblenz das Hinweisschild am *Denkmal für*



„Jude unerwünscht“. Antisemitische Hetze an einer Hausfassade in Koblenz Screenshot Facebook: Verein Schängel*innen gegen Rechts © Meldestelle

die Opfer des Holocaust beschädigt. Im August wurde in Mainz Ebersheim feierlich ein neuer Stolperstein verlegt; im Anschluss zerstörten Unbekannte abgelegte Blumen und überzogen den neuen Stolperstein mit einer braunen, unbekanntem Flüssigkeit.

Im September beschädigten Täter:innen im Landkreis Kusel Hinweisschilder des *Wanderweges jüdischer Kultur*. Der Wanderweg führt an Stätten und Gebäuden vorbei, die für die jüdische Kultur in der Region bedeutsam sind. Im November wurden erneut Hinweisschilder beschmiert, u. a. mit Hakenkreuzen.

VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN UND ANTISEMITISMUS

In der Corona-Pandemie entwickelte eine Vielzahl an Verschwörungsmäthen große Reichweite. Diese Verschwörungsmäthen sind oftmals antisemitisch geprägt: Jüd:innen werden hier ganz direkt oder über antisemitische Bilder und Andeutungen für die Pandemie verantwortlich gemacht oder es wird ihnen vorgeworfen, mit Hilfe der Pandemie geheime und böse Pläne einer *Neuen Weltordnung* zu verfolgen. Der Meldstellen wurden zusätzlich zu den dokumentierten antisemitischen Vorfällen 70 Vorfälle mit verschwörungsideologischen Bezügen aus den Sozialen Medien gemeldet. Aufgrund der Dichte an demokratiefeindlichen und auch antisemitischen Äußerungen in diesem Zusammenhang werden gemeldete Vorfälle mit verschwörungsideologischen Bezügen seit Januar 2021 gesondert dokumentiert und im Hinblick auf antisemitische Vorfälle ausgewertet.

Die gesammelten Erkenntnisse 2020 verdeutlichen die Notwendigkeit zur Vertiefung von Meldestrukturen antisemitischer Vorfälle. Zur Entwicklung von passgenauen Unterstützungsangeboten für Betroffene sowie für präventive Strategien benötigt es eine systematische Dokumentation strafbarer und nicht-strafbarer antisemitischer Vorfälle sowie einen Austausch mit bundesweiten Informationsstellen wie etwa der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus RIAS^[1].

In einem Gespräch zwischen der Meldestelle und dem Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen Dieter Burgard geht es unter anderem um die Verfolgung antisemitischer Straftaten. Anschließend folgt ein Blick auf das Thema Verschwörungsideologien und Antisemitismus.

¹ Report Antisemitism (report-antisemitism.de)

Was ist die

Betroffenenberatung m*power?

Die Beratungsstelle m*power ist landesweit die zentrale Anlaufstelle für Menschen, die von rechter, rassistischer und/oder antisemitischer Gewalt betroffen sind. Sie ist die einzige auf diesem Feld spezialisierte Beratungsstelle in Rheinland-Pfalz. Schwerpunkt der Tätigkeit ist dabei die aufsuchende Arbeit.

Wer kann sich bei der

Betroffenenberatung m*power melden?

An die Beratungsstelle können sich Menschen wenden, die von rechter, rassistischer und/oder antisemitischer Gewalt betroffen sind. m*power versteht unter Gewalt zunächst alles, was die betroffenen Personen als gewaltsam empfinden. Neben körperlichen Angriffen, wie etwa Körperverletzungsdelikten, können dies auch Bedrohungen, verbale Übergriffe, Diskriminierung und/oder Sachbeschädigungen sein. An erster Stelle steht die persönliche Wahrnehmung der betroffenen Personen.

Wie arbeitet die

Betroffenenberatung m*power?

Die Betroffenenberatung umfasst ein breites Spektrum an Unterstützungsleistungen. Die Angebote orientieren sich primär an der Perspektive der Betroffenen. Die Beratungsstelle knüpft an die vielfältigen Bedarfe und individuellen Ausgangslagen der Betroffenen an.

[m*power bietet Betroffenen von rechter, rassistischer und/oder antisemitischer Gewalt die Möglichkeit, sich in einer vertraulichen Umgebung, kostenlos, auf Wunsch anonym, beraten zu lassen.]

[Die Beratungsstelle arbeitet unabhängig von Behörden und parteiisch im Sinne der Betroffenen. Handlungsleitend für die Beratungsarbeit ist das Ziel, die Betroffenen bei der Bewältigung ihrer Erlebnisse und in der (Rück-)Gewinnung ihrer Handlungsfähigkeit zu begleiten.]

[Die Betroffenenberatung richtet sich ebenso an Einzelpersonen, wie auch an Gruppen und Institutionen. Beispielhafte Unterstützungsleistungen sind: die Begleitung zur Polizei, bei Behörden und Gerichtsprozessen, die Suche nach geeigneten Anwält:innen, Therapeut:innen und Entschädigungsleistungen oder Weiterbildungsangebote, Vernetzungs- und Öffentlichkeitsarbeit.]

[Die Beratungsstelle arbeitet unter anderem eng mit dem Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz zusammen.]

KONTAKTDATEN

Betroffenenberatung m*power
Casinostraße 1b, 56068 Koblenz
kontakt@mpower-rlp.de
0151 – 10 59 47 99 / 0261 - 55 00 11 40

IM GESPRÄCH MIT DIETER BURGARD

BEAUFTRAGTER FÜR JÜDISCHES LEBEN UND ANTISEMITISMUSFRAGEN
IN RHEINLAND-PFALZ

Dieter Burgard ist Beauftragter der Ministerpräsidentin für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen in Rheinland-Pfalz. In dieser Funktion ist er Ansprechpartner für Rheinland-Pfälzer:innen jüdischen Glaubens, für Kommunen, Zivilgesellschaft sowie für Religionsgemeinschaften, Bildungseinrichtungen und Politik. Im Jahr 2021 wird in Deutschland 1700 Jahre jüdisches Leben gefeiert, gleichzeitig sind Jüd:innen von antisemitischen Anfeindungen und Terror bedroht.



Dieter Burgard
© Staatskanzlei

Herr Burgard, in Rheinland-Pfalz begleiten sie die 2018 eingesetzte Funktion des Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismusfragen. Können Sie uns kurz die Entstehungsgeschichte des Landesbeauftragten skizzieren? Wie können wir uns die konkreten Aufgaben des Beauftragten vorstellen?

D. Burgard: Im Jahre 2017 wurde ein Expert:innen-Bericht über den wachsenden Antisemitismus auf Bundesebene vorgelegt, woraufhin die rheinland-pfälzische Landesregierung als erste im Dezember 2017 die bundesweit geforderte Installation eines Beauftragten für jüdisches Leben und Antisemitismus auf Landesebene umsetzte. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland Josef

Schuster hat mir dann den Vorschlag gemacht, dass wir als *Bezeichnung Beauftragter für Jüdisches Leben und Antisemitismusfragen* wählen sollten. Der Antisemitismus ist also ein Teil meiner Aufgaben, ich bin aber auch für Anliegen des jüdischen Lebens in Rheinland-Pfalz zuständig, beispielsweise bin ich in Koblenz beim Synagogenneubau mit einbezogen oder auch in der Gestaltung des Festjahres zu 1700 Jahren jüdischen Lebens in Deutschland, welches wir dann federführend für RLP organisieren.

Aber auch die Aufklärung zu Antisemitismus gehört zu meinen Aufgabenbereichen: also in Schulen gehen, Vorträge halten, über die Thematik aufklären. Hier möchte ich eine Lesereise gemeinsam mit dem Autor Timo Büchner, der ein Buch zu Antisemitismus und rechter Musik geschrieben hat, erwähnen, bei der wir bis zu 3000 Schüler:innen und circa 300 Erwachsene getroffen haben. Das Eklatante bei der Reise war für mich, dass kaum jemand jüdische Personen kennt. Die Förderung solcher Begegnungen und die damit verbundenen Möglichkeiten ins Gespräch zu kommen, ist auch Teil meiner Aufgaben.

Sie haben das Festjahr 1700 Jahre jüdisches Leben erwähnt, das in Rheinland-Pfalz mit den SchUM-Städten Speyer, Worms und Mainz eine besondere Bedeutung hat. Was sind aktuell die größten Herausforderungen und Schwierigkeiten für jüdisches Leben in RLP?

D. Burgard: In diesem Zusammenhang sind natürlich Fragen der Sicherheit zu nennen. Es ist eine unerlässliche Aufgabe, dass die über 20 jüdischen

Einrichtungen in Rheinland-Pfalz geschützt werden, durch bauliche oder technische Maßnahmen oder Polizeibeamt:innen. Gerade nach Halle [Anm.: dem rechtsterroristischen Anschlag auf eine Synagoge am 9. Oktober 2019] bekomme ich von den Menschen aus der jüdischen Gemeinde immer wieder die Rückmeldung, dass sie sehr verunsichert darüber sind, wie es in der Zukunft aussehen wird. Aber es wird auch angepackt: wie in Kaiserslautern und Koblenz, wo das jüdische Gemeindezentrum ausgebaut bzw. eine neue Synagoge gebaut wird, was positive Zeichen sind. Aber sie merken auch in Rheinland-Pfalz, dass es schwierig ist, sich zum Judentum zu bekennen. Zusammengefasst ist festzuhalten: Eine Kippa zu tragen, ist auch hier nicht selbstverständlich und immer noch müssen die Synagogen bewacht werden.

Das Thema Bedrohung ist allgegenwärtig: Dahingehend versuchen wir auch, eine Vernetzung herzustellen, und zwar von den Institutionen, deren Auftrag in der Arbeit gegen Antisemitismus besteht; diese Arbeit ist auch ein wichtiger Teil im Kampf gegen Rechtsextremismus. Auch in der Strafverfolgung von antisemitischen Straftaten müssen wir für mehr Sensibilität und konsequente Verfolgung sorgen.

Ein letztes Beispiel für Schwierigkeiten und Herausforderungen für jüdisches Leben: Viele jüdische Menschen kommen aus der ehemaligen Sowjetunion, viele der Älteren bekommen daher relativ kleine Renten, es gibt also auch soziale Probleme und Ungleichbehandlungen. Allgemein ist es wichtig, dass die jüdischen Gemeinden eingebunden werden und nicht über Jüd:innen, sondern mit Jüd:innen gesprochen wird.

Bei antisemitischen Straftaten muss von einer hohen Dunkelziffer ausgegangen werden. Ein Leitfaden der Generalstaatsanwaltschaften in Rheinland-Pfalz, bei dessen Entstehung Sie und der Landesverband der jüdischen Gemeinden eingebunden waren, soll für eine effektivere Strafverfolgung sorgen. Welche Neuerungen verspricht der Leitfaden zum Erkennen antisemitischer Straftaten?

D. Burgard: In meiner Tätigkeit habe ich öfter das Problem, dass ich keine Auskunft über Strafanzeigen

oder laufende Verfahren bekommen kann. Die Überlegung des Ministeriums war es dann, eine gesetzliche Regelung zu finden, dass der Beauftragte auch die Möglichkeit hat, über den Stand der Dinge und das Verfahren zu antisemitischen Vorfällen Auskunft zu bekommen.

Ich war dann auch bei der Entwicklung des Leitfadens der Generalstaatsanwaltschaften dabei und habe diesen ergänzt. Da sind neben einer Definition für die Strafverfolgung auch viele Informationen über das Judentum drin; was sind Feiertage, Informationen über Codes und Zeichen, die in antisemitischen Umfeldern benutzt werden. Da ist auch noch mehr Aufklärungsarbeit nötig, ich habe auch angeboten, bei Fortbildungen für die Justiz, die Staatsanwaltschaft und andere Stellen speziell zu dem Thema zu informieren. Das gibt es in anderen Bundesländern wie Bayern oder Berlin auch schon, da wurden die Staatsanwaltschaften im Umgang mit antisemitischen Straftaten spezialisiert. Zusätzlich ist es mir ein Anliegen, dass der Begriff Antisemitismus verstärkt ins Strafgesetzbuch aufgenommen wird und der falsche Begriff der Rasse aus dem Grundgesetz, aber auch aus der Landesverfassung gestrichen wird.

Vielen Dank für das Gespräch!

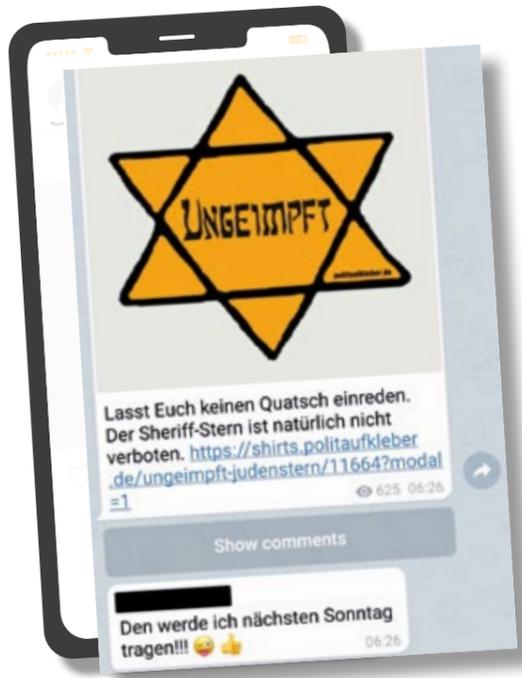
LEITFADEN: ANTISEMITISCHE STRAFTATEN ERKENNEN

Im Januar 2021 wurde der neue Leitfaden der Generalstaatsanwaltschaften Koblenz und Zweibrücken „Antisemitische Straftaten erkennen“ vorgestellt. Der Leitfaden listet zahlreiche Tatumsstände auf, die auf eine antisemitische Motivation schließen lassen. Es wird auf örtliche und zeitliche Umstände von Taten wie die Nähe zu jüdischen Einrichtungen oder hohen jüdischen Feiertagen verwiesen. Aber auch Hintergründe der Täter:innen sollen zukünftig verstärkt in den Fokus genommen werden. Eine wichtige Erkenntnis des Leitfadens: Auch die Wahrnehmung von Betroffenen, Zeug:innen und sachkundigen Dritten wie etwa zivilgesellschaftlichen Organisationen, die eine Straftat als antisemitisch wahrnehmen, sollen in den Ermittlungen berücksichtigt und geprüft werden.

VERSCHWÖRUNGS- IDEOLOGIEN

– WIE DIE COVID-19 PANDEMIE FEINDBILDER SCHÜRT

„Lasst euch keinen Quatsch einreden, der Sheriff-Stern ist natürlich nicht verboten“ lautet ein Beitrag in einer rheinland-pfälzischen Chatgruppe. Gemeint ist der sogenannte Judenstern, der zuvor gehäuft bei Protestaktionen gegen die Corona-Maßnahmen deutschlandweit mit der Inschrift „Ungeimpft“ auftauchte. Von dieser Art Chatgruppe, in der sich mehr als 200 Personen vornehmlich aus der Region Trier zusammengeschlossen hatten, gibt es dutzende im Land.



Screenshot: Telegram-Chat von selbsternannten Corona-Rebellen aus Rheinland-Pfalz © Meldestelle

Vertreten sind hier Menschen verschiedenster Weltanschauungen und politischer Motivationen: Coronaleugner:innen, Kritiker:innen staatlicher Corona-Schutzmaßnahmen, Anhänger:innen alternativer Medizin und auch Verschwörungsideolog:innen. Sie stehen für ein

politisches Milieu, das sich im Jahr 2020 trotz großer Verschiedenheit verdichtete und zu organisieren versuchte. In dieser Mischszene wirkte die Pandemie als Brandbeschleuniger für Radikalisierungsprozesse. Verschiedene Verschwörungsmymen wurden zur inhaltlichen Klammer, in der menschenfeindliche Vorurteile befeuert sowie Gewaltbereitschaft und Demokratiefeindlichkeit bestärkt werden. Die Meldestelle dokumentierte im Laufe des Jahres vermehrt Meldungen von antisemitischer und demokratiefeindlicher Hetze.

VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN – WAS HAT ES DAMIT AUF SICH?

Verschwörungsideologien verbreiteten schon vor der Corona-Pandemie Hass und unzulängliche Schuldzuweisungen gegenüber bestimmten sozialen Gruppen. Sie sind historisch verankert, so sind etwa rechtsextreme oder auch islamistische Weltbilder eng mit Verschwörungsideologien verwoben. Die rechtsterroristischen Attentate von Halle und Hanau waren durch antisemitische und rassistische Verschwörungsideologien der Täter geprägt. Verschwörungsideologien sind aber gesellschaftsfähig und nicht allein im Weltbild radikalierter Rechtsterrorist:innen vorhanden. Sie prägen Weltbilder und Einstellungen von Menschen quer durch die Gesellschaft.

Gerade wenn es zu global wirkmächtigen Ereignissen kommt, die schwer zu erklären oder beängstigend sind, haben Verschwörungsideologien Konjunktur. Verschwörungsideologien zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich überprüfbar Argumenten entziehen und sind vom kritischen Hinterfragen von politischen Entscheidungen oder gesellschaftlichen Machtverhältnissen zu unterscheiden. Es entsteht ein Weltbild, das komplexe Realitäten auf böse Pläne von personalisierten Strippenzieher:innen reduziert.

VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN IN DER PANDEMIE

Diese Art von Welterklärungen findet sich auch in bedeutenden Teilen der Proteste gegen die Corona-Politik wieder. So ging es den Protestierenden oftmals nur vordergründig gegen konkrete politische Maßnahmen. Vielmehr konstruieren Verschwörungsideologien diese Maßnahmen als Bestandteil einer Verschwörung, eines geheimen Plans. Zur Frage, wer dahinter stecke und was das Ziel dieser Verschwörung sei, gibt es unterschiedliche Aussagen. Von einer *Neuen Weltordnung* ist ebenso wie von einer *Merkel-* oder einer *Impfdiktatur* die Rede.

Viel Aufmerksamkeit erzeugte die versuchte „Stürmung“ des Reichstags am 1. August 2020 in Berlin, an der auch rheinland-pfälzische Personen beteiligt waren. An der bundesweiten Demonstration in Berlin nahmen unter anderem offenkundige Neonazis und eine bunte Mischung an Verschwörungsideolog:innen teil. Im Allgemeinen erfolgte zu den Protesten auch in Rheinland-Pfalz oftmals keine Abgrenzung zu Rechtsextremist:innen, antisemitischem Vokabular und antisemitischer Symbolik. Laut der Mobilien Beratungen gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz fanden 2020 über 180 Kundgebungen zu diesem Thema statt (S. 28).

VERSCHWÖRUNGSIDEOLOGIEN UND ANTISEMITISMUS

„Antisemitismus umfasst oft die Anschuldigung, die Juden betrieben eine gegen die Menschheit gerichtete Verschwörung und seien dafür verantwortlich, dass „die Dinge nicht richtig laufen“^[1]

Verschwörungsideologien und Antisemitismus weisen eine strukturelle Ähnlichkeit auf, antisemitische Feindbilder und Verschwörungsmymen sind eng verwoben. Beide Ideologien fußen auf personalisierten Welterklärungen und setzen böse Strippenzieher:innen als reale umfassende und lenkende Macht ein. Jüd:innen werden dabei mit Macht und Einfluss verbunden, ihnen wird Hinterlistigkeit und

¹ Arbeitsdefinition von Antisemitismus | Drupal (holocaustremembrance.com)

Gier zugeschrieben. Auch Krankheiten und Pandemien sind mit antisemitischen Verschwörungsmymen verbunden. So wurden Jüd:innen im Mittelalter beispielsweise für die Pest verantwortlich gemacht. Auch nicht-antisemitische Verschwörungstheorien sind dabei strukturell anschlussfähig für antisemitische Welterklärungsmodelle.

Die jüdische Weltverschwörung ist eine der verbreitetsten, wirkmächtigsten und gefährlichsten Verschwörungsmymen weltweit. Auch im Milieu der selbsternannten Corona-Rebell:innen kommt dieser Mythos immer wieder auf. Jüd:innen werden ganz offen als Verantwortliche hinter der Pandemie benannt, in anderen Fällen wird die Pandemie als Teil geheimer Pläne zu Errichtung einer *Neuen Weltordnung* umgedeutet. Diese Zuschreibungen können auch mit Hilfe von Chiffren, Codes und Andeutungen indirekt transportiert werden, z. B. durch das Hervorheben reicher und einflussreicher jüdischer Personen oder Familien. Ein belieb-



Screenshot aus einem öffentlichen Telegrammchat, in dem sich selbsternannte Kritiker:innen der Coronamaßnahmen in Trier organisieren und austauschen. Angela Merkel und Bill Gates werden als KZ-Aufseher:in dargestellt. Die angebliche Zwangsimpfung wird mit den Konzentrations- und Vernichtungslagern der Nationalsozialist:innen gleichgesetzt. © Meldestelle

NEUE ZUGÄNGE UND METHODEN DER ANTISEMITISMUS FORSCHUNG

tes Feindbild, das auch in verschiedenen Chats rheinland-pfälzischer Verschwörungs-ideolog:innen auftaucht, ist der US-amerikanische Milliardär Georg Soros. Der Philanthrop mit jüdischer Familiengeschichte gilt vielen als mächtiger Strippenzieher hinter einer angeblich *Neuen Weltordnung*.

Antisemitismus zeigt sich auch in Form von Holocaustleugnung und -relativierungen. Im Fall der verschwörungs-ideologischen Proteste gegen die Corona-Maßnahmen finden sich regelmäßig Äußerungen, die die Corona-Pandemie in Verhältnis zum Holocaust setzen oder den Nationalsozialismus und dessen Schreckenssystem mit staatlichen Corona-Schutzmaßnahmen gleichsetzen.

Diese Vergleiche sind historisch völlig unzulänglich, es findet eine Relativierung des Leids der Opfer der Shoa statt. Dies zeigt sich besonders deutlich an zwei Beispielen, die in verschiedenen Formen immer wiederkehren: Das Tragen eines Judensterns mit der Inschrift „ungeimpft“ sowie der Vergleich der Vorgaben zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes mit der systematischen Ausgrenzungs- und Entmenschlichungspolitik der Nationalsozialisten:innen. Hier zeigt sich der antisemitische Kern von Teilen dieser Protestbewegung, die ebenfalls gehäuft durch rassistische, homophobe und von Frauenhass geprägte Inhalte sowie eine wachsende antidemokratische Ausrichtung und steigende Gewaltbereitschaft auffällt.



Beitrag aus einer Chatgruppe: Mitglieder posten die Titelseite der verschwörungsideologischen Zeitschrift *Ketzerbriefe*. Abgebildet ist eine Weltkarte. Mächtige Männer wie Joe Biden, Bill Gates und George Soros fungieren als Strippenzieher hinter dem Corona-Virus. © Meldestelle



Plakat auf einer Demonstration in Wittlich im Oktober 2020 © Max Gerlach



Facebook-Post einer rheinland-pfälzischen Künstler:in: Maskenpflicht wird mit der Ausgrenzungs- und Entmenschlichungspolitik der Nationalsozialisten:innen gleichgesetzt. © Meldestelle

06 JUN

24 Mathias Berek (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin)
Antisemitismus und Impfkritik. Historische Verflechtungen

Falls nicht anders angegeben, finden alle Vorträge um 18 Uhr c.t. statt. Aufgrund der unsicheren pandemischen Lage werden Orte bzw. Online-Zugangsdaten der Veranstaltungen ggf. erst kurzfristig bekanntgegeben unter:

Facebook: @iia.trier
Twitter: @iia_trier
Instagram: @iia.trier
Website: iia.uni-trier.de

07 JUL

tba Thorsten Fuchshuber (Université libre de Bruxelles)
Der Genuss am Judenhass
Über den Zusammenhang von Antisemitismus und Narzissmus

29 Thomas Haury (Freiburg)
Was ist eigentlich „Antisemitismus“?
Annäherungen an ein vielgestaltiges Phänomen

08 AUG

05 Pavel Brunssen (University of Michigan)
Antisemitismus in Fußball-Fankulturen: Der Fall RB Leipzig

16 Markus End (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin)
Die Dialektik der Aufklärung als Antiziganismuskritik

09 SEP

02 Randi Becker (Justus-Liebig-Universität Gießen)
Ambivalenzen von Rassismuskritik
Antisemitismus in antirassistischer Theorie und Praxis

16 Lars Rensmann (University of Groningen)
Zwischen Modernisierung und Beharrlichkeit. Globalisierter Antisemitismus im digitalen Zeitalter. Ein Forschungsprogramm

23 Margarita Lerman (Universität Leipzig)
„Die gerechte Sache der arabischen Völker“:
Kuba, Israel und der Nahostkonflikt (1959-1973)

10 OKT

12 Lea Herzig (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin)
Gewerkschaften und Antisemitismus. Eine Untersuchung des kollektiven Gedächtnisses des Deutschen Gewerkschaftsbundes

19 Ingo Elbe (Universität Oldenburg)
Zur Kritik „multidirektionaler Erinnerung“

27 Carla Dandera (FU Berlin)
Antisemitismus als Gegenstand und Begriff des Rechts

11 NOV

05 Claudia Globisch (IAB Nürnberg)
Antisemitismus und Verschwörungsideologien im Netz:
Neue methodische Herausforderungen

17 Jeffrey Herf (University of Maryland)
Varieties of Antisemitism

25 Anne-Maika Krüger (Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin)
Der Hassprediger
Judenbilder und deutsche Phantasien bei Ernst Moritz Arndt

MELDUNGEN 2020

EIN AUSZUG

Ausgesuchte und exemplarische Meldungen zu den Themenbereichen Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit. Fälle wurden vereinfacht und anonymisiert.

DATUM BESCHREIBUNG

DATUM	BESCHREIBUNG
05.01.2020	Hakenkreuz auf Straße gesprüht
10.01.2020	Das rechtsextreme <i>Frauenbündnis Kandel</i> beschimpft Journalist:in und lokale Zeitung als „Linksfaschistisches Nuttenblatt“
10.01.2020	Rechtsextremist fragt auf Social-Media-Plattform: „Wo soll Merkill enden?“ Er posiert vor einer Guillotine
13.01.2020	Rassistische und sexistische Beleidigung und Bedrohung einer Frau mit ihrem Sohn
13.01.2020	Unbekannte verkleben Plakate mit abgebildeter Muslima: „Ihr müsst draußen bleiben“
14.01.2020	Übergriff auf Unterkunft für Geflüchtete
15.01.2020	Mainzer Musikwissenschaftler Uni Mainz wird von der rechten Band Möllnjir „geoutet“. Es wird dazu aufgerufen ihn im Büro zu besuchen oder seine Lehrveranstaltung aufzusuchen
16.01.2020	Internethetze gegen <i>Omas gegen Rechts Kandel</i>
21.01.2020	Rechtsextremist veröffentlicht Tourdaten von kritischem Comedian „für spontane Aktionen“
25.01.2020	Antirassistische Transparente zum wiederholten Mal beschädigt
26.01.2020	Unbekannte stecken auf einem Fußweg kleine Israelfahnen in mehrere Hundehaufen
27.01.2020	Hass und Hetze unter einem Beitrag auf Social-Media-Kanal einer extrem rechten Partei in RLP. Nimmt solche Ausmaße an, dass Account vorübergehend gesperrt wird
27.01.2020	Bedrohung von zivilgesellschaftlich engagierten Personen durch Rechtsextremist:innen des sog. Frauenbündnis Kandel
28.01.2020	Mitglieder der öffentlichen Telegram Chatgruppe <i>Patrioten Koblenz</i> diskutieren über das „Wesen der Juden“. Zitat: „Der Jude ist seit 5800 Jahren der Feind der Menschheit“
30.01.2020	NPD Politikerin wünscht sich auf Facebook das Coronavirus für den Bundestag
30.01.2020	Zivilgesellschaftlich engagierte Person wird von Rechtsextremist:innen bedroht
30.01.2020	Teilnehmende einer Kundgebung <i>Fridays gegen Altersarmut</i> werden handgreiflich gegenüber Gegendemonstrant:innen
31.01.2020	Hakenkreuz auf Bürgersteig gesprüht
01.02.2020	Täter:innen brechen in eine Grundschule ein. Malen Hakenkreuze auf Tafel in Klassenräumen. Formen mit Tischen auf dem Schulhof ein Hakenkreuz
02.02.2020	Antisemitische Schmierereien und Sachbeschädigungen. Ein Straßenschild wird in „Judengasse“ umgeändert. Eine Hausfassade mit „Juden unerwünscht“ besprüht
02.02.2020	Neonazis versuchen eine <i>Fridays for Future</i> -Demo zu stören und anzugreifen. Sie werden von der Polizei gestoppt. Es kommt zu Bedrohung der Demonstrationsteilnehmer:innen und zur Einschüchterung
04.02.2020	Person wird durch bekannte Rechtsextreme bedroht und geschlagen
05.02.2020	Rassistische Bedrohung und Beleidigung durch Nachbarn
09.02.2020	Öffentlicher Telegramchat der <i>Patrioten Westerwald</i> verbreitet antisemitische und rassistische Verschwörungsideologien
16.02.2020	Person mit Glas beworfen und beleidigt; Beleidigung der Kinder der betroffenen Person
16.02.2020	Fortlaufende rassistische Beleidigungen durch Nachbarin, Beschädigung am KFZ
17.02.2020	Rechtsextreme Bürgerwehr patrouilliert durch die Innenstadt
17.02.2020	Aktivistin durch lokale Rechtsextreme bedroht und beleidigt
17.02.2020	Rechtsextreme Bürgerwehr patrouilliert durch die Innenstadt
18.02.2020	Betroffene wird als „Sexobjekt“ ihres türkischen Mannes beschimpft
19.02.2020	Neonazistischer und Hakenkreuze in Alzey
19.02.2020	Beleidigung einer:en Geflüchteten durch Behördenmitarbeiter:innen
21.02.2020	Rechtsextremist droht „Politiker:innen, die sich von rechts bedroht fühlen“ und posiert dabei mit einem Baseballschläger für ein Foto
28.02.2020	„Ich hasse euch Türken“, Fahrgästin zu Taxifahrer
02.03.2020	Rheinland-pfälzischer Rechtsextremist bedroht Jan Böhmermann in Telegram-Kanal
10.03.2020	Rassistische Beleidigung in Ausländerbehörde (anonyme Meldung)
11.03.2020	Kind wird rassistisch beschimpft
12.03.2020	Rassistische Beleidigungen durch Nachbarin
19.03.2020	Rassistische Beleidigungen auf Firmenwand gesprüht
23.03.2020	Rechtsextreme Bürgerwehr patrouilliert durch die Innenstadt
23.03.2020	Erneute rassistische Beleidigungen auf Firmenwand gesprüht
24.03.2020	Rassistische Beleidigungen durch Nachbarin
29.03.2020	Rechtsextreme Aufkleber mit Rasierklingen im Ort verklebt
07.04.2020	Person grölt Naziparolen, „Sieg Heil“-Rufe
08.04.2020	Person wurde auf Grund ihres alternativen Aussehens beleidigt und bedroht; Täter trug ein T-Shirt der Identitären Bewegung
08.04.2020	Rechte Angriffe und Drohbriebe gegen eine Fachschaftsvertreter:in einer Universität sowie gegen Familienmitglieder
08.04.2020	Wiederholte rechte Drohungen und Beleidigungen gegen studentische Institutionen einer Universität
11.04.2020	Hakenkreuz auf Hauswand gesprüht
14.04.2020	Störung des Muezzin Rufes mit Nationalhymne
19.04.2020	Im Umfeld einer Unterkunft für Geflüchtete werden Bettlaken mit aufgemalten Hakenkreuzen und rechtsextreme Plakate aufgehängt
19.04.2020	Sprüherei: „Fuck Israel“ „free GAZA“
25.04.2020	Politische Gegner:innen werden in einem öffentlichen rechtsextremen Telegramchat verunglimpft und beleidigt
27.04.2020	Bedrohung von zivilgesellschaftlich engagierter Person durch Rechtsextremist:innen
27.04.2020	Erneute rassistische Beleidigungen auf Firmenwand
29.04.2020	Der jüdische Teil eines Friedhofs wurde beschmiert
05.05.2020	Hakenkreuz und SS Runen an Verkehrsschildern und ein Stromhaus gesprüht
06.05.2020	Einschüchterung und rassistische Beleidigung auf offener Straße
07.05.2020	Zeitungsredaktion und Krankenhaus werden im Netz diffamiert und beleidigt, da ein:e Schwarze:r Corona-Patient:in aus Italien aufgenommen wurde
08.05.2020	Rassistische Beleidigung auf offener Straße
08.05.2020	In zwei Autos wurden Hakenkreuze eingeritzt
12.05.2020	„Bei Hitler wärst du vergast worden“ Mitschülerin zu geflüchtetem Mädchen
15.05.2020	Hakenkreuz auf Eingangstür von Gesundheitsamt gesprüht
17.05.2020	Internetaktivist und Künstler ist im Internet rechten Shitstorms und Anfeindungen ausgesetzt
18.05.2020	Familie durch Nachbarschaft rassistisch bedroht und beleidigt
19.05.2020	Verschwörungsideolog:innen veröffentlichen personenbezogene Daten von Gegendemonstrant:innen
20.05.2020	Mann zeigt Hitlergruß
20.05.2020	bis 22.05.2021: Einbruch in Praxis, rassistische und rechtsextreme Schmierereien hinterlassen (50.000 € Schaden)
21.05.2020	White Power Faust gesprüht
24.05.2020	Rechtsextremist:innen in einer öffentlichen Telegramgruppe: zwei Fotografen werden beleidigt und bedroht „Auch sie werden bald ihren Richter finden. Die Zeiten ändern sich“
27.05.2020	Betroffene Person wird durch Nachbar:in rassistisch beleidigt und bedroht
28.05.2020	Rechtsextremist:innen und Verschwörungsideolog:innen bedrohen (vermeintliche) politische Gegner:innen
29.05.2020	Mann zeigt in der Innenstadt offen seine tätowierten verfassungswidrigen Symbole
02.06.2020	Mann mit diskriminierendem Plakat in Innenstadt unterwegs – grölt volksverhetzende und verfassungswidrige Parolen
02.06.2020	Rheinland-pfälzische Politiker:in auf rechtsextremem Feindesliste
05.06.2020	Bedrohung und rassistische Beleidigung durch Nachbarschaft
05.06.2020	Rassistische Bedrohung
08.06.2020	Lokalpolitiker (AfD) spricht Twitternutzer:in „deutsch sein“ ab
10.06.2020	Rassistische Benachteiligung bei Jobsuche und Servicejobs in Gastronomie
13.06.2020	Betrunkener beleidigt und tritt minderjähriges Schwarzes Mädchen
13.06.2020	16-Jähriger verabschiedet sich mit „Sieg Heil“ Ruf von der Polizei
15.06.2020	Person wird in einer öffentlichen Sauna körperlich angegriffen und rassistisch beleidigt
17.06.2020	Gewaltaufruf gegen politische Gegner:innen in lokaler Corona Rebellen Telegramgruppe
22.06.2020	Mann beleidigt Muslima als „scheiß Moslems“ und anwesende Personen als „Arschloch, Gutmenschenpack und Abschaum“
22.06.2020	Rechtsextreme Propaganda an Büro einer politischen Organisation angebracht
25.06.2020	Mann zeigt Hitlergruß
26.06.2020	Rassistische Beleidigung auf öffentlicher Straße (anonym)
30.06.2020	Nationalsozialistische Schmierereien in größerem Aufkommen
08.07.2020	Rassistische Beleidigungen durch Nachbar:innen
09.07.2020	Bis zu 100 Grabsteine auf jüdischem Friedhof beschmiert
14.07.2020	21-Jähriger wird in Wormser Innenstadt wegen sichtbarer rechtsextremer und verbotener Tätowierung von der Polizei aufgegriffen
18.07.2020	Rechtsextremist:innen beleidigen und bedrohen Journalist:innen auf Facebook und Twitter
22.07.2020	Diskriminierung am Arbeitsplatz
22.07.2020	Vorfall von Racial Profiling

MELDUNGEN 2020

EIN AUSZUG

- 26.07.2020 Minderjährige von Mann rassistisch beleidigt und bedroht und sexualisierter Gewalt ausgesetzt
- 31.07.2020 bis 01.08.2020: Abgetrennter Schweinekopf mit NSU Schriftzug vor Firma
- 11.08.2020 Rassistische Diskriminierung durch Nachbar:innen
- 12.08.2020 Person soll durch rassistische Falschbehauptungen aus Kleingärtner:innenverein entfernt werden
- 15.08.2020 Fußballmannschaft rassistisch beleidigt und mit Steinen und Tischbeinen angegriffen
- 17.08.2020 Rassistische Diskriminierung am Arbeitsplatz
- 18.08.2020 Rassistische Beleidigung im Park, „Heil Hitler“ Rufe
- 20.08.2020 Rechtsextreme Drohschreiben, Bedrohungen per Post
- 21.08.2020 Person aus RLP auf Bedrohungsliste „Nürnberg 2.0“ aufgelistet
- 22.08.2020 Pärchen am Bahnhof frauenfeindlich beleidigt, Mann rassistisch beleidigt
- 28.08.2020 Stolpersteinverlegung gestört, Stolperstein mit einer braunen, unbekanntem Flüssigkeit überzogen
- 28.08.2020 Drohbrief an Institution in Mainz, rechtsterroristische Bezüge
- 01.09.2020 Polizeibeamter rassistisch beleidigt
- 02.09.2020 „Jude tot“ Schmierereien an Häusern
- 02.09.2020 Polizeibeamter rassistisch beleidigt, bespuckt und körperlich angegriffen
- 04.09.2020 Diskriminierung am Arbeitsplatz (anonym)
- 06.09.2020 Hakenkreuzschmierereien auf mehreren Hinweisschildern eines Wanderweges jüdischer Kultur
- 07.09.2020 LKW-Fahrer rassistisch beleidigt
- 07.09.2020 Unbekannte schmieren Hakenkreuz und die Zahl 88 mit einer unbekanntem Flüssigkeit auf die Hauptstraße
- 08.09.2020 Junge Frau in einem Bahnhof rassistisch beleidigt und mit unbekannter Flüssigkeit übergossen
- 08.09.2020 Rassistische Beleidigung auf Baustelle
- 10.09.2020 Rassistische Diskriminierung und Beleidigung durch Jugendamtsmitarbeiter:innen und Beistandschaft
- 10.09.2020 Personen werden aufgrund politischer Kleidung bedroht und bespuckt
- 13.09.2020 Graffiti „Stop Hass“ vor Wohnung(en) jüdischer Personen
- 13.09.2020 Plakat „Antirassistische Aktionswoche“ mit „Juden raus“ beschriftet
- 14.09.2020 Rassistische Beleidigungen durch Nachbar:innen
- 15.09.2020 Öffentliche rassistische Beleidigung durch Mieter:in
- 15.09.2020 Auf einer Länge von insgesamt 4 Kilometern werden sämtliche Schilder, Mülltonnen etc. mit Hakenkreuzen und SS-Runen bemalt
- 16.09.2020 Zwei randalierende Personen erhalten Platzverweis durch Polizei, danach werden rechtsextreme Parolen und Beleidigungen gegrölt
- 16.09.2020 Ruhestörung: Mann verweigerte die Angabe seiner Personalien und hatte eine Mitarbeiterin des Ordnungsamtes bereits mehrfach beleidigt. Es kommt zu Beleidigungen sowie mehreren Ausrufen von Parolen verfassungswidriger Organisationen
- 18.09.2020 Rechtsextreme Aufkleber in Gegend mit vielen Migrant:innen (anonym)
- 20.09.2020 Eine Schaufensterscheibe eines Büros einer zivilgesellschaftlichen Organisation wird eingeschlagen. Hinter der Scheibe befindet sich ein Bildschirm mit einer Dauerpräsentation zum Thema Flucht(-ursachen), Rassismus, Armut
- 23.09.2020 Rechtsextremist:innen bedrohen vermeintliche politische Gegner:innen auf einer Kundgebung
- 25.09.2020 Kind und Mutter werden in Einkaufszentrum rassistisch beleidigt
- 27.09.2020 Rechtsextreme Propagandaplakat offen sichtbar in Wohnungsfenster aufgehangen
- 28.09.2020 Rassistische Beleidigung und Körperverletzung
- 30.09.2020 Rassistische Beleidigung im Bus (anonym)
- 30.09.2020 Antisemitische Bedrohung im Netz
- 04.10.2020 Hakenkreuzschmierereien
- 05.10.2020 Neonazi bedroht Mitarbeiter in der Jugendarbeit, im Zusammenhang mit dessen Engagement gegen Rechts
- 07.10.2020 Rassistische und sexistische Beleidigungen durch Nachbarn
- 07.10.2020 Unbekannte sprühen ein 1x1,5m großes Hakenkreuz auf Werbebanner
- 08.10.2020 Versuchte Störung einer digitalen Veranstaltung gegen Hatespeech
- 09.10.2020 Hakenkreuz sowie Schriftzug „Hitler“ und „Fuck the Police“ an Stadthalle
- 10.10.2020 Unbekannte Täter:innen sprühen mehrere Schriftzüge an die Betonwand einer Bahnunterführung u. a. Hakenkreuze
- 10.10.2020 Homophobe und rassistische Beleidigungen gegen Politiker auf Social Media Plattform
- 11.10.2020 Kundgebung von Verschwörungsideolog:innen: Geschichtsrelativierung, „Wir sind 2020 eure Juden“; „Masken sind der neue Hitlergruß“ als Plakate
- 14.10.2020 (Antimuslimische) rassistische Schmierereien
- 15.10.2020 Antisemitische Beleidigung auf Arbeitsstelle

- 15.10.2020 Jugendliche attackieren einen Wohnungslosen mit Tritten
- 17.10.2020 Diskriminierung und Beleidigung Geflüchteter durch Mitarbeiter:innen einer Behörde
- 21.10.2020 Rassistische Beleidigung und Bedrohung durch Nachbarschaft
- 21.10.2020 Rassistische Beleidigungen und versuchte Körperverletzung
- 21.10.2020 Diskriminierende Erfahrungen beim Einkaufen
- 22.10.2020 Rassistische Beleidigung eines Polizeibeamten
- 22.10.2020 Rechtsextreme Bürgerwehr patrouilliert durch Innenstadt
- 25.10.2020 „Ausländer raus“-Schriftzug auf Eingangstür eines Tattoo-Geschäfts
- 28.10.2020 Erneute Zerstörung der öffentlichen Ausstellung „Fake News“
- 30.10.2020 Rechtsextreme Kundgebung vor Treffpunkt von Aktiven in der Arbeit mit Geflüchteten - gezielte Einschüchterung
- Okt 2020 Mitarbeiter Ordnungsamt vor Gericht aufgrund volksverhetzender Social Media Beiträge
- Okt 2020 Institutionen, die sich für geflüchtete Menschen engagieren, erhalten wiederholt Drohbriefe
- Okt 2020 Mann zeigt seine verbotenen rechtsextremen Tätowierungen in einer Regionalbahn
- 01.11.2020 Gezielter Einwurf von Flyern von Verschwörungsideolog:innen bei lokalen Politiker:innen
- 03.11.2020 Jugendlicher wird von Lehrer:in aufgrund seines Migrationshintergrundes diskriminiert
- 04.11.2020 Antisemitisches Drohschreiben
- 04.11.2020 Erneute Beschädigung des Wanderwegs jüdische Kultur mit Schmierereien mit nationalsozialistischem Gedankengut
- 08.11.2020 Rassistische Banner im öffentlichen Raum aufgehangen
- 09.11.2020 Neonazis kommen zum „Tag des gesenkten Hauptes“ an der Synagoge in Worms. Auf Social Media Plattformen werden im Anschluss höhnische und antisemitische Berichte über diese Aktion verbreitet. Es ist die Rede „vom fauligen Duft der ewigen Schande“, den „öligem Augen der Ordnungsmacht“ und den „Schanddiktaten der Redner“.
- 10.11.2020 Antisemitische Beleidigungen unter Schüler:innen
- 11.11.2020 Beschädigung eines Denkmals für die Opfer der Shoa
- 12.11.2020 Verwaltungsmitarbeiter:innen werden in öffentlichem Telegram-Chat von Verschwörungsideolog:innen angefeindet, es werden personenbezogene Daten veröffentlicht
- 14.11.2020 21-jähriger Mann, bekleidet mit einer Sturmhaube, klebt rechtsextreme Aufkleber
- 16.11.2020 Erneute Zerstörung der öffentlichen Ausstellung „Fake News“
- 23.11.2020 Rassistische Banner im öffentlichen Raum aufgehangen
- 23.11.2020 Betroffene in Brillengeschäft rassistisch diskriminiert
- 23.11.2020 Beleidigung durch Nachbarin
- 26.11.2020 Antisemitische und homophobe Sticker aus der Fanszene des 1. FC Kaiserslautern
- 27.11.2020 Nach einer Verfolgungsjagd stellte die Polizei Amphetamine, eine scharfe Patrone und Gegenstände mit Nazi-Symbolen im Auto eines 39-jährigen Fahrers fest. In seiner Wohnung fanden die Ermittler eine Pistole, ein Maschinengewehr, Granaten, sowie Uniformen, Fahnen und Orden aus der NS-Zeit. Bei der Verfolgungsjagd wurden sieben Polizisten leicht verletzt
- 01.12.2020 Fassade einer Realschule mit Hakenkreuz besprüht.
- 01.12.2020 Hakenkreuz, SS-Runen, 1312 und 1488 auf / an Autobahnbrücke gesprüht
- 02.12.2020 Täter besprühten mehrere Hauswände und Teile einer Baustellenabsicherung mit Beleidigungen und einem Hakenkreuz, u. a. auf einem Kirchengebäude
- 04.12.2020 Antisemitischer Online-Beitrag „jüdische Weltverschwörung“
- 04.12.2020 Körperliche Auseinandersetzung an einer Kneipe und Sachbeschädigung. Täter pöbelte außerdem Passant:innen an, wehrt sich gegen Festnahme und verletzt Polizeibeamt:innen durch einen Faustschlag. Beleidigungen zum Nachteil der eingesetzten Beamt:innen und Parolen mit Bezug zum Nationalsozialismus
- 05.12.2020 Eine von den Schüler:innen selbst gebastelte Puppe wurde beschädigt und ein dazu gehörendes Banner mit dem Schriftzug „Schule ohne Rassismus, Schule mit Courage“ entwendet
- 07.12.2020 Antisemitische Propaganda in Querdenker:innen Telegramgruppe „jüdischer Kurznachrichtendienst Twitter“
- 07.12.2020 Hakenkreuzschmierereien
- 07.12.2020 Rassistische Plakate im öffentlichen Raum plakatiert
- 13.12.2020 Rassistische Plakate an Schulgebäude angebracht
- 19.12.2020 Vermutliche Reichsbürger:in widersetzt sich Kontrolle aufgrund Verweigerung eines Mund-Nasen-Schutzes. Nimmt Angriffsstellung ein und widersetzt sich der Festnahme
- 23.12.2020 Rechtsextremes Hetzblatt in private Briekästen verteilt
- 27.12.2020 Unbekannte Täter:innen besprühen die Türen sowie Wände des Taharahauses auf einem Friedhof. Die Schmierereien waren nicht zu identifizieren

MELDESTELLE

FÜR MENSCHENFEINDLICHE, RASSISTISCHE UND ANTISEMITISCHE VORFÄLLE IN RHEINLAND-PFALZ



Vorfälle über die
Onlineplattform melden:
www.meldestelle-rlp.de

E-Mail:
kontakt@meldestelle-rlp.de

Die Meldestelle wird aus Landesmitteln des Ministeriums für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit des Landes Rheinland-Pfalz finanziert.

IMPRESSUM

Erscheinungsjahr: 2021

Meldestelle für menschenfeindliche, rassistische und antisemitische Vorfälle in Rheinland-Pfalz

Bahnhofplatz 7 / 7a
56068 Koblenz
Tel.: 0261 57 01 33 36
kontakt@meldestelle-rlp.de

V.i.S.d.P.

Rolf Knieper
Fachstelle m*power
Bahnhofplatz 7 / 7a
56068 Koblenz

Gestaltung:

Die Hinterhofagentur
Römerberg 2
56203 Höhr-Grenzhausen
www.hinterhofagentur.de

Eigenverlag

Alle Rechte vorbehalten

Die Rechte an Bildern, Illustrationen/Grafiken liegen beim jeweiligen Ersteller:in/Urheber:in.
Die Verwertung von Texten, Bildern und Grafiken, auch auszugsweise, ist ohne Zustimmung der Meldestelle urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt auch für Vervielfältigungen, Übersetzungen und die Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Weitere Bildnachweise:
www.pixabay.com

Die Meldungen sind auf Wunsch **anonym**.
Wir arbeiten **vertraulich** und kostenfrei.

